

SCHULE WOHIN?

Welche Struktur für die Schule Aargau?



Tagungsdokumentation



INHALT

1	Rückblick und Ausblick Roland Latscha	2
2	Tagungsbeobachtung Silvia Grossenbacher	3
3	Bericht zum Podiumsgespräch Sonja Markwalder	6
4	Individuelle Äusserungen von Teilnehmenden Matthias Bruppacher	11
5	Referate	
	• Hans Ambühl	16
	• Rainer Huber	17
	• Maya Mülle	26
	• Renato Merz	30
	• Niklaus Stöckli	33
	• Stefan Läderach	36
6	Tagungsprogramm	44
7	Personen	45

www.kantonalkonferenz.ch

Schule Wohin?- Welche Struktur für die Schule Aargau?

Rückblick und Ausblick

Als Präsident der Aargauischen Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerkonferenz blicke ich vom Standpunkt des federführenden Veranstalters mit einer gewissen Genugtuung auf die Veranstaltung vom 24. März 2006 zurück. Sie war ein Erfolg. Der Grund liegt insbesondere darin, dass es meines Erachtens gelungen ist, mögliche Aspekte der Thematik in Form einer Auslegeordnung aufzuzeigen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Zweckartikel in den Statuten der Kantonal-konferenz, in welchem festgehalten ist, dass diese sich als Bildungs- und Diskussionsforum versteht. Als Gremium der Lehrerschaft hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, die Gesprächskultur in der bildungspolitischen Diskussion im Kanton Aargau nachhaltig zu fördern. Ziel der Veranstaltung war es in erster Linie, Informationen und Meinungen aus je verschiedenen Perspektiven zur im Blick stehenden Thematik zu vermitteln. Der Titel der Tagung war bewusst als Frage formuliert. Es ging also nicht darum, eine Entscheidung für das eine oder andere Modell im Zusammenhang mit der künftigen Struktur der Schule Aargau zu fällen. Auch war die Veranstaltung keine Vernehmlassung zum thematisierten Projekt, und es wurde keine Resolution verfasst. Vielmehr sollte ein Diskurs über die Tagung hinaus initiiert werden. Dieser setzt allerdings, wenn er produktiv sein soll - bei aller Unterschiedlichkeit in der Position und der Betroffenheit - Offenheit und Unvoreingenommenheit voraus. Diese Haltung konnte ich in überwiegendem Masse während der ganzen Veranstaltung bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern feststellen. Ebenfalls wurden deren Meinungen und Rückmeldungen gesammelt, registriert und sollten ihre Bedeutung in der Entwicklungsarbeit des Projekts haben. Dieser Intention versuchen wir in Form der nun vorliegenden Dokumentation gerecht zu werden. Ich denke, die Vielfalt und Zahl der Rückmeldungen spricht für das Engagement und das aktive Mitdenken derjenigen, die an der Tagung teilgenommen haben.

Wo stehen wir jetzt in der Diskussion? Sind wir in einer ähnlichen Verzweiflung wie Goethes Faust, wenn wir feststellen müssen: "... da steh ich nun, ich armer Tor! Und bin so klug als wie zuvor"? - Oder sind wir eher im Zustand der Aporie, d.h. der Verwirrung, in die jeweils die Teilnehmer im Gespräch mit dem Philosophen Sokrates in Platons Dialogen verfallen. In der sokratisch-platonischen Philosophie ist dieser Zustand äusserst produktiv, weil das Nichtwissen selbst einen Moment des Wissens und damit der Erkenntnis darstellt. In diesem Sinne haben wir uns bemüht herauszufinden, was es mit der Fragestellung "Schule wohin? - Welche Struktur für die Schule Aargau?" überhaupt auf sich hat. Dies war jedenfalls das bescheidene didaktische Ziel der Veranstaltung. Im Interesse der Sache und der unmittelbar Betroffenen, nämlich der Lehrpersonen und der Schülerinnen und Schüler in diesem Kanton, muss der Diskurs weitergeführt und hoffentlich zu einem positiven Abschluss gebracht werden. Vorerst steht Brechts Wort aus "Der gute Mensch von Sezuan" nach wie vor im Raum, und wir "sehn (...) einmal mehr betroffen, den Vorhang zu und alle Fragen offen". - So bleibt auch der Kantonal-konferenz die Aufgabe gestellt, die Thematik weiter aufzunehmen und zur Diskussion zu stellen, und zwar bereits an der nächsten Themenkonferenz vom 23. November 2006 im Kurtheater Baden.

Roland Latscha

Kantonalkonferenz «Schule wohin?», 24.3.2006, Aarau

Tagungsbeobachtung

Silvia Grossenbacher, Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung

Ich bin gebeten worden, die heutige Veranstaltung zu beobachten und nun zum Schluss die Eindrücke und Wahrnehmungen und meine Gedanken dazu zu präsentieren. Um meinen Beitrag zu strukturieren, habe ich die folgenden Kriterien erfolgreicher Veränderungsprozesse gewählt. Sie dienen mir gleichsam als Raster, ihnen entlang werde ich die Veranstaltung einschätzen.

Veränderungsprozesse sind erfolgreich, wenn...

- ...alle wissen worum es geht;
- ...alle Betroffenen in die Meinungsbildung einbezogen werden;
- ...Vor- und Nachteile offen dargelegt und diskutiert werden können;
- ...die mit Veränderungen immer verbundenen Verunsicherungen und Befürchtungen ernst genommen werden;
- ... die Veränderungen attraktive Perspektiven öffnen.

Doch zunächst einige Worte zum Gesamteindruck, den mir die Tagung vermittelt hat. Ich habe das Gefühl, dass ich an einer hochkarätigen Veranstaltung teilnehmen durfte. Der wohlorganisierte Rahmen liess nichts zu wünschen übrig, das reichhaltige Programm hat inhaltlich überzeugt und die Atmosphäre war hoch konzentriert. Selten habe ich so viel fokussiertes Interesse und wache Aufmerksamkeit erlebt. Dem Vorstand der Kantonalkonferenz und den Verantwortlichen des Departements Bildung, Kultur und Sport ist es zu verdanken, dass dieser Prozess möglich wurde. Sie haben Offenheit und Mut zum Diskurs gezeigt und die Tagungs-Teilnehmenden haben das Angebot zum Gespräch angenommen.

Wissen

Der Veranstaltungstitel lautet «Schule wohin?». Man könnte nun versucht sein, zu fragen: Wissen wir jetzt, wohin die Schule geht, welche Strukturen die Schule Aargau in den kommenden Jahren erhalten wird? Doch der Präsident des KK-Vorstandes hat es eingangs der Tagung deutlich gemacht: Es ging nicht darum, diese Frage zu beantworten. Auslegeordnung, es ging um Meinungsbildung. Auch wenn wir jetzt nicht wissen, *wohin* es geht, so wissen wir doch *worum* es geht. Wir kennen die Zusammenhänge und die Einbettung der Strukturreform in den nationalen Prozess (Stichwort: HarmoS-Konkordat) und in den kantonalen Prozess (Stichwort: Kleeblatt). Wir wissen, was auf dem Spiel steht und wo wir uns einmischen können und müssen.

Als Fazit könnten wir festhalten: Wir wissen alle worum es geht und wir haben auch einen Eindruck davon gewonnen, wo die Knackpunkte der Strukturreform liegen.

Einbezug

Die Tagungsgestaltung war darauf angelegt, möglichst alle interessierten Kreise einzubeziehen, und der Einbezug wurde auch wahrgenommen. Auf dem Podium kamen Lehrpersonen, Eltern und die Wirtschaft zu Wort, doch auch Sie, die Teilnehmenden, haben sich einbeziehen lassen und haben hunderte von «gelben Blättern» mit Fragen, Bemerkungen, Anliegen gefüllt. Ein bisschen bedauerlich ist das Fehlen von Kindern und Jugendlichen. Sie in das heutige Konzept einzubeziehen, wäre sicher nicht angezeigt gewesen, doch müssen Mittel und Wege gefunden werden, um auch von ihnen zu hören, was sie mit Blick auf den Strukturumbau meinen, hoffen, befürchten.

Als Fazit lässt sich festhalten: Der Einbezug einer möglichst grossen Zahl Interessierter und Betroffener an dieser Meinungsbildungs-Veranstaltung ist gelungen.

Offenlegen von Vor- und Nachteilen

Vieles – von beiden Kategorien, Vor- und Nachteilen – wurde im Laufe des Tages angesprochen. Das Spektrum reichte von der Sichtweise, welche Nachteile betont und einen Bildungsabbau befürchtet, bis hin zur Sichtweise, welche die Vorteile in den Vordergrund rückt und die Strukturreform als Chance wahrnimmt. Die Herausforderung besteht meines Erachtens darin, das Ganze im Blick zu behalten. Das ganze System und nicht nur eine Stufe, das gesamte Entwicklungsprojekt (Kleeblatt) und nicht nur die Strukturreform. Es besteht die Gefahr, dass man vor lauter Starren auf die – zugegebenermassen zum Teil existenziellen – Details den Überblick verliert. Dazu habe ich den Eindruck gewonnen und bin darin auch durch verschiedene aufgeschnappte Äusserungen bestätigt worden, dass ob der Bemühungen um Besitzstandswahrung auf den «oberen» Stufen des Bildungssystems übersehen wird, dass die ganz wesentlichen Änderungen auf der Vor- und Primarschulstufe geschehen werden. Auch der Konsens der Lehrpersonenorganisationen zur Verlängerung der Primarschule fördert diesen blinden Fleck. Es wird aber nicht genügen, die Primarschule um ein Jahr zu verlängern. Viel grundsätzlichere Veränderungen werden nötig sein, wenn mit dem Umbau jene Defizite des Aargauischen Bildungssystems angegangen werden sollen, die am Morgen angesprochen wurden. Zu diesen anstehenden Veränderungen einige Stichworte: Binnendifferenzierung, Ausrichtung an Zielen, Flexibilität und Durchlässigkeit. Diese Entwicklungsprozesse «von unten» könnten richtungweisend sein auch für die weiterführenden Schulstufen. Und darin dürfte auch der pädagogische Zugewinn bestehen, der im Rahmen dieser Veranstaltung eingefordert wurde.

Ich möchte die Problemstellung, dass das Ganze nicht aus dem Blick geraten sollte, ob all der Details noch in einem anderen Sinn aufgreifen und dabei eine Aufforderung wiederholen, die in einer der Vertiefungsrunden geäussert wurde: Die Lehrpersonen der verschiedenen Stufen sollten sich nicht auseinanderdividieren lassen, sondern (weiterhin) gemeinsam nach gangbaren Wegen und für alle erträglichen Lösungen suchen.

Als Fazit lässt sich sagen: die Vorteile und die Nachteile der Strukturreform werden noch viel zu reden geben und wahrgenommene Nachteile im Detail sollten den Blick auf die Vorteile im Ganzen nicht verstellen.

Befürchtungen ernst nehmen und attraktive Perspektiven bieten

Der Vorsteher des Departements hat betont, dass die Befürchtungen und Ängste sehr ernst genommen würden. Das wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Der Präsident des alv hat die Möglichkeit aufgezeigt, wie attraktive Perspektiven gestaltet sein könnten. Die Chance der Strukturveränderung sollte genutzt werden, um auch inhaltliche und pädagogische Veränderungen voranzutreiben.

Als Fazit lässt sich festhalten: Weil alle Stufen von den Strukturanpassungen betroffen sind, ergeben sich diese Chancen zum pädagogischen Zugewinn auch auf allen Stufen. Ob Vorschläge dazu attraktive Perspektiven eröffnen, wird sich zeigen, wenn sie weiter konkretisiert werden.

Bilanz

Die Gesamtbilanz lautet damit: Am Ball bleiben! Offenheit und Bereitschaft zum Diskurs im Rahmen der zu Ende gehenden Veranstaltung haben sich bewährt. Es wird weitere Plattformen zur Weiterführung des Gespräches geben...

Aarg. Kantonale Lehrerinnen- und Lehrerkonferenz

Schule wohin? - Tagung vom 24. März 2006 im Kultur- und Kongresshaus Aarau

Bericht zum Podiumsgespräch

Matthias Bruppacher (Gesprächsleitung)

Rainer Huber, Regierungsrat und Vorsteher BKS

Stefan Läderach, Präsident Aarg. Mittelschullehrerinnen- und Mittelschullehrerverband AMV

Renato Merz, Personalchef und Mitglied der Geschäftsleitung ABB Schweiz

Maya Mülle, Leiterin Fachstelle Elternmitwirkung

Niklaus Stöckli, Präsident Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverband alv

Die schriftlichen Rückmeldungen der Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer am Schluss des zweiten Veranstaltungsblocks bezeugen ihr grosses Informationsbedürfnis. Matthias Bruppacher hat die Flut von Stellungnahmen und Fragen in der Mittagspause gesichtet und zu fünf Themenblöcken zusammengestellt, die im folgenden Podiumsgespräch erörtert werden sollen. Unter den Rückmeldungen finden sich auch viele Einzelvoten und Detailfragen, deren Beantwortung im Rahmen des Podiums nicht möglich sein wird, da sie den Zeitrahmen sprengen würden. Ebenfalls aus Zeitgründen verzichtete die Tagungsleitung auf die Darstellung der Positionen aller 22 Mitgliedorganisationen des alv und konzentrierte sich auf die Sichtweisen des Aarg. Lehrerinnen- und Lehrerverbands alv und des Aarg. Mittelschullehrerinnen- und Mittelschullehrerverbands AMV. Matthias Bruppacher fordert die Mitglieder der 22 Mitgliedorganisationen des alv, insbesondere die Primarlehrkräfte, auf, sich gleichwohl aktiv in die Diskussion einzubringen und sich mit ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Dem BKS empfiehlt er, das grosse Bedürfnis nach Information aufzunehmen, am aktuellen Stand anzuknüpfen und die seit rund einem Jahr laufende Informationstour weiterzuführen.

Matthias Bruppacher leitet jeden der fünf Themenblöcke kurz ein und führt durch das Podiumsgespräch.

Themenblock 1 - Pädagogische Ausgestaltung der Schule: Gemäss §28 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Aargau hat jedes Kind Anspruch auf eine seinen Fähigkeiten angemessene Bildung. Das bestehende Schulsystem ist alt und bewährt, auch seine Defizite sind bekannt. Nicht die Strukturen sind es, die die Qualität der Schule ausmachen, sondern ihre innere Ausgestaltung. Zwischen dem Druck zur Anpassung an die interkantonalen Reformen und den Erfordernissen innerer Schulentwicklung soll ein Gleichgewicht gefunden werden. Die Frage ist, wie der inneren Ausgestaltung der Schule im Zeithorizont der Strukturreform Rechnung getragen werden kann?

Junge Menschen darauf vorbereiten, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, ein Bildungsangebot bereitzustellen das soziale Integration ermöglicht und Kindern und Jugendlichen an den Aargauer Schulen eine sinnstiftende und lustvolle Zeit bieten, so Rainer Huber, sind die langfristigen, strategischen Ziele. Die Diagnosefähigkeit des Systems soll verbessert, Defizite rechtzeitig erkannt werden. Rainer Huber verweist auf die neue Ressourcensteuerung, mit der die Lehpensen den einzelnen Gemeinden pauschal zugeteilt werden. So können die Schulen die Pensen der Lehrpersonen flexibel, den örtlichen Bedürfnissen entsprechend, planen und einsetzen. Mit dieser zentralen Pensenbewirtschaftung wird eine grössere Effizienz erreicht, die lokalen Schulbehörden

werden gestärkt und die unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort besser berücksichtigt. Die Besonderheiten der einzelnen Schulen sollen bei der Pensenzuteilung mit der Einberechnung von Kontextbedingungen und Sozialindex berücksichtigt werden. Ressourcensteuerung bedeutet kurzfristig zu investieren, aber auch Kosten zu sparen, die ohne Steuerung entstehen würden.

Für Niklaus Stöckli bedeutet die Strukturreform sowohl Belastung als auch Chance. Die Volksschule soll eine Schule für alle sein. Dazu gehören seiner Meinung nach Chancengerechtigkeit, gezielte Förderung und Integration aller Schichten. Der alv befindet sich regelmässig im Spagat zwischen seiner Gewerkschaftsfunktion und seinen Aufgaben als Berufsverband. Aktuell arbeite er an der Entwicklung von Konzepten und Vorschlägen zur pädagogischen Ausgestaltung der Schule. Der alv stehe ein für Reformen, die realisierbar seien und wolle die Innovationsfreude fördern.

Unterschiedliche Löhne für Lehrkräfte verschiedener Schulstufen seien vor allem historisch gewachsen. Rainer Huber verweist darauf, dass die aktuelle Diskussion um die Harmonisierung der Schulstrukturen anders verlaufen würde, wenn es nur eine Lohnkategorie gäbe. Rechtliche Aspekte und Fragen der Gleichbehandlung seien äusserst sensitiv und sehr sorgfältig zu behandeln. Möglichkeiten einer personalfreundlichen Umsetzung sollen nach Rainer Huber so bald wie möglich geklärt werden.

'Mit einer Strukturreform sind inhaltliche Fragen nicht gelöst' - das Fazit von Matthias Bruppacher zum ersten Themenblock findet bei den Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmern breite Zustimmung.

Themenblock 2a - Harmonisierung der Schulstrukturen: Im Zentrum des Projekts Harmonisierung der Schulstrukturen steht die Anpassung der Aargauer Schulstrukturen an diejenigen der meisten anderen Kantone der Schweiz. Neben der Einführung von zwei Jahren obligatorischem Kindergarten beinhaltet die Strukturreform a) sechs Jahre Primarschule, d.h. eine Verlängerung der Primarschule von fünf auf sechs Jahre, b) zwölf Jahre Gesamtschulzeit bis zur Matur, d.h. die Schuldauer bis zur Matur wird von 13 auf 12 Jahre reduziert, der Übertritt ins vierjährige Gymnasium erfolgt nach dem 8. Schuljahr und c) eine Verkürzung der Sekundarstufe I von vier auf drei Jahre infolge sechsjähriger Primarschule. Kaum Anlass zu Diskussion gibt die vorgesehene Verlängerung der Primarschule um die zweijährige Einschulungszeit. Unterschiedliche Positionen vertreten die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer bezüglich Gesamtschulzeit und Sekundarstufe I.

Maya Mülle unterstützt das Modell '6 Jahre Primarschule und 3 Jahre Sekundarstufe I', wie es auch im Kanton Zürich angeboten wird. Mit den Varianten Lang- und Kurzzeitgymnasium (6 bzw. 4 Jahre) kommt der Kanton Zürich den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler zusätzlich entgegen. Übertrittsmöglichkeiten ins Gymnasium bestehen nach dem 6., dem 8. und dem 9. Schuljahr. Um den individuellen Entwicklungen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden, begrüsst Maya Mülle diese Modellvielfalt und unterstützt eine Mindestdauer von vier Jahren für das Gymnasium.

Rainer Huber unterscheidet zwischen strukturellem und individuellem Weg. Der Kanton Aargau strebt eine strukturelle Verkürzung der Gesamtschuldauer von 13 auf 12 Schuljahre bis zur Matur an. Übertritte ins Gymnasium sollen, wie in anderen Kantonen auch, nach zwei bzw. drei Jahren Sek I möglich sein, d. h. nach acht bzw. neun Schuljahren. Individuelle Anpassungen der Schullaufbahnen sind bereits heute möglich. Erprobt wird auch die Arbeit mit Orientierung an Lernzielen. Dies würde zu jahrgangsübergreifendem Unterricht oder gar Klassen führen.

Stefan Läderach stellt die Frage, wie Jugendliche mit neu zwei Jahren Bezirksschule bis zum Eintritt ins Gymnasium den gleichen Ausbildungsstand erreichen sollen wie im aktuellen Schulsystem und spricht sich für die Beibehaltung einer Gesamtschuldauer von 13 Jahren

aus. Für Schülerinnen und Schülern, die einen Übertritt ins Gymnasium anstreben, schlägt Stefan Läderach die Einführung eines eigens darauf vorbereitenden Progymnasiums vor. Für Schülerinnen und Schüler, deren weiterer Ausbildungsverlauf bei Eintritt in die Sek I noch offen ist, sieht er die Möglichkeit von Niveaustufen, die sowohl auf die Berufsausbildung vorbereiten, gleichzeitig aber auch den Anschluss ans Gymnasium ermöglichen.

Für Niklaus Stöckli ist der Auftrag einer Bezirksschule als Volksschule ausschlaggebend: Die Bezirksschule bereitet mit ihrem dualen Auftrag gleichermassen auf Gymnasium und Berufsausbildung vor und soll integral drei Jahre dauern. Ein Progymnasium würde nicht dem Auftrag einer Volksschule entsprechen. Die Vorbereitung künftiger Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in einem separaten Schultyp wird deshalb vom alv abgelehnt.

Für Rainer Huber sind in der Diskussion um die Einführung eines Progymnasiums auch regionalpolitische Aspekte von Bedeutung. Progymnasien könnten nur an wenigen Standorten angeboten werden. Wenigstens ein Teil der Schülerinnen und Schüler hätte so längere Reisewege in Kauf zu nehmen als heute in die Bezirksschule. Mit einem progymnasialen Schultyp würde, so Rainer Huber, die schulische bzw. berufliche Weichenstellung um einige Jahre vorgezogen. Die Auswirkungen eines solchen Entscheids seien gegenwärtig nicht absehbar. Die Bezirksschule besuchen auch Schülerinnen und Schüler, die sich trotz Notenschnitt, der zum Übertritt ins Gymnasium berechtigt, für eine Berufsausbildung entscheiden. Ihnen soll der Weg über die Berufsmaturität an die Fachhochschule weiterhin offen stehen.

Renato Merz erachtet es als zentral, Durchlässigkeiten zwischen den Schultypen und einem allfälligen Progymnasium sicherzustellen. Er unterstützt eine Gesamtschuldauer von zwölf Jahren und begrüsst Möglichkeiten der individuellen Ausgestaltungen der Schullaufbahn, beispielsweise individuell abgestimmte längere oder kürzere Durchlaufzeiten und Förderung von speziellen Begabungen. Renato Merz verweist auf die ABB, die sowohl an Akademikerinnen und Akademikern wie auch an gut ausgebildeten Berufsfrauen und -männern interessiert ist. Die ABB fördere die eigene Elite mit einem besonderen Trainee-Programm.

'Auftrag der Bezirksschule und Unterteilung Sek I / Sek II als Knackpunkte' - fasst Matthias Bruppacher die Diskussion um die Schulstruktur zusammen.

Themenblock 2b - Schaffung von Tagesstrukturen: Was sind Tagesstrukturen? Wie können die Angebote einer Tagesstruktur allen Kindern, Jugendlichen und deren Eltern zugänglich gemacht werden? Sollen Tagesstrukturen als obligatorische oder freiwillige Angebote geführt werden?

Tagesstrukturen sind pädagogisch qualifizierte Angebote. Sie umfassen Blockzeiten in der Schule, Mittagstische für Schülerinnen und Schüler, schulergänzende Betreuungsangebote, etc. Tagesstrukturen fördern die Kinder und Jugendlichen, entlasten die Eltern und die Schulen und unterstützen so die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiumsgesprächs sind sich einig, dass die Einrichtung von Tagesstrukturen unabdingbar ist und zügig an die Hand genommen werden muss.

Niklaus Stöckli weist auf die Initiative 'Schule und Familie' des alv hin, wonach Kindergarten und Volksschule als Tagesschulen angeboten würden. Die Tagesschule würde den obligatorischen Schulunterricht, die Betreuung der Kinder in der unterrichtsfreien Zeit und den Mittagstisch umfassen. Der Besuch des Betreuungsangebots und des Mittagstischs wäre für die Schülerinnen und Schüler fakultativ, die Eltern könnten an deren Kosten beteiligt werden. Ein Obligatorium für Tagesstrukturen käme damit der Einführung von Tagesschulen gleich. Tagesstrukturen auf freiwilliger Basis müssten finanziell tragbar sein. Mittagstische

sollten gratis bzw. gegen kleine Beiträge angeboten werden, allenfalls wäre eine einkommensabhängige Staffelung der Beiträge denkbar.

Rainer Huber ergänzt, dass mit der Nutzung von bereits vorhandenen Infrastrukturen und allfälligen Beiträgen seitens der Eltern die finanzielle Belastung auch für die Gemeinden tragbar sein sollte. Persönlich zeigt sich Rainer Huber überzeugt, dass Tagesstrukturen, so sie Integrationswirkung haben sollen, obligatorisch sein müssen. Als wichtig erachtet er, den Gemeinden das Potenzial von Tagesstrukturen gesamtheitlich aufzuzeigen und nicht nur einseitig die finanziellen Aspekte darzustellen.

Renato Merz unterstreicht die Notwendigkeit, Tagesstrukturen zu schaffen am Beispiel der betriebseigenen Kinderkrippen, die die Betreuung der Kinder in der Vorschulzeit abdeckt. Mit der Einschulung der Kinder muss die Betreuung neu organisiert werden. Renato Merz stellt die Frage, warum Kinder und Jugendliche nicht wahlweise am Wohn- oder am Arbeitsort der Eltern die Schule besuchen können. Die Kinderkrippen der ABB finanzieren sich je zur Hälfte aus Beiträgen der Unternehmung und der Eltern. Die Elternbeiträge sind nach Einkommen gestaffelt.

Themenblock 3 - Motivierte Lehrkräfte als Bedingung des Erfolgs: Motivierte und engagierte Mitarbeitende sind Bedingung jeden Erfolgs. Der Lohn ist ein Faktor der Motivation. Was sind andere entscheidende Voraussetzungen, damit Mitarbeitende Reformen und Veränderungen mittragen? Was sind Grundlagen der Motivation?

Die Schwierigkeit der Ausgangslage ergibt sich für Niklaus Stöckli aus zwei Aspekten: Zum einen seien Lohnreduktionen grundsätzlich absolute Motivationskiller, zum anderen erweise sich die Harmonisierung der Schulstrukturen aus der reinen Strukturperspektive mit einem 'Wegnehmen unten und oben' (Anm.: Verkürzung Sek I) als besonders demotivierend. Motivation, sich zu engagieren, entspringt nach seiner Einschätzung der Nutzung der Strukturreform für pädagogische Zugewinne und dem Einbezug der Lehrpersonen in diese Diskussion.

Diese Einschätzung wird geteilt von Stefan Läderach: Möglichkeiten der Mitwirkung sei notwendig. Als dazu besonders geeignet schlägt Stefan Läderach Möglichkeiten zur Mitarbeit in der Curriculumsentwicklung vor.

Mit Blick auf die Veränderungen in der Unternehmung rät Renato Merz, Phasen der Unsicherheit möglichst kurz zu halten und die Betroffenen in den Prozess einzubeziehen. Lohnsysteme, so Renato Merz, müssten gerecht sein. Das Lohnsystem der ABB funktioniere über Arbeitsplatz- und Leistungsbewertung, der Lohn werde innerhalb von definierten Lohnbändern (+/- 3 %) festgelegt. Die Einführung dieses Systems erfordere auch in der ABB Lohnanpassungen. Mit dem Ziel, ein gerechtes Lohnsystem zu schaffen, würden die betroffenen Mitarbeitenden mittels geführtem Prozess und über Jahre verteilte Angleichung in ihr Lohnband geholt.

Rainer Huber ergänzt, dass von anstehenden Reformen alle Lehrpersonen betroffen sein werden und Ängste ernst genommen werden müssen. Um Phasen der Unsicherheit und Ängste zu verkürzen, soll breite Information sichergestellt und die Rahmenbedingungen wie in den letzten Jahren auch weiterhin in kleinen Schritten verbessert werden, z. B. durch Beratungen der Lehrpersonen, Verbesserungen in der Infrastruktur, klare Entscheide bezüglich Lehrmittel, etc. Das Lohndekret des Kantons Aargau habe die Jahresarbeitszeit transparent gemacht und der Öffentlichkeit gezeigt, wie viel Lehrpersonen leisten. Zum Ausdruck gebracht werden soll, dass die Arbeit der Lehrkräfte geschätzt wird.

Maya Mülle erweitert die Palette motivationsfördernder Faktoren aus der Perspektive der Organisationsberatung mit den Stichworten klare Vorgaben, realistische Ziele, Wertschätzung, Möglichkeiten zu Weiterbildung und Umschulung und gute Führung.

Themenblock 4 - Kosten und deren Finanzierung: Jede Reform kostet Geld. Wie lassen sich die aktuellen Diskussionen um Steuererleichterungen mit geplanten Bildungsinvestitionen vereinbaren?

Rainer Huber bestätigt, dass Mehrkosten absehbar seien. Damit diese gesprochen würden, sei Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Politik gewichte andere Themen noch immer höher als Bildung und auch die Wirtschaft setze sich zu wenig für Bildung ein. Rainer Huber stellt zwei grundlegend unterschiedliche Auffassungen fest: Politische Gruppierungen mit steuerlichen Maximalforderungen auf der einen, die Regierung auf der anderen Seite. Die Regierung des Kantons Aargau setze sich ein für eine Förderung des Standorts und differenziertes Wachstum. Mit einem Paket von 25 Massnahmen unterstützt die Regierung diese Wachstumsforderung. Steuern sind darin ein Faktor. Andere Faktoren sind Arbeitsplätze, Bildung, Infrastruktur, Lebensqualität, soziale Sicherheit, kulturelle Angebote, etc. Rainer Huber ist überzeugt, dass Lösungen gefunden werden. Dieses Paket mit neun Massnahmen aus dem Bildungsbereich benötigt in den ersten Jahren mehr Mittel.

Themenblock 5 - Zusammenarbeit: Regelmässig moniert wird das Fehlen von Gesprächen zwischen Schule und Wirtschaft, kritisiert werden mangelnde Leistungsnachweise und unzureichende Qualifikationen der Zubringerstufen. Ein mögliches Verständnis von gelingender Zusammenarbeit könnte sein, dass sich die oberen Stufen in ihren Anforderungen an den unteren Stufen orientieren. Wie gelingt Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, über unterschiedliche Stufen hinweg?

Für Renato Merz bedeutet seine Mitwirkung an der Tagung einen Beitrag zum Dialog zwischen Schule und Wirtschaft. Er weist auf das hohe Engagement der ABB in der Ausbildung ihrer Mitarbeitenden hin und sichert Interesse und Bereitschaft für Zusammenarbeit zu.

Maya Mülle unterstützt das Bestreben, den Dialog zwischen Schule und Wirtschaft zu fördern. Gleichzeitig und mit Nachdruck weist sie darauf hin, dass Lösungsvorschläge allen Menschen zugänglich sein müssen - auch Kindern und Jugendlichen, deren Ausbildungsverläufe weniger geradlinig verlaufen.

Schule wohin? - Welche Struktur für die Schule Aargau?

Individuelle Äusserungen von Teilnehmenden

Im Anschluss an die Referate und vertiefenden Diskussionen am Vormittag waren die Teilnehmenden eingeladen, persönliche Eindrücke, Überlegungen, Fragen und Stellungnahmen schriftlich festzuhalten. Von den rund 450 Teilnehmenden wurden 133 Blätter abgegeben. Die meisten enthalten mehrere Äusserungen zu unterschiedlichen Aspekten der Thematik. Insgesamt wurden für die nachstehende Zusammenfassung ca. 400 Einzeläusserungen ausgewertet.

Die Tagung diente dem Ziel, vielfältige Standpunkte zur Strukturfrage aufzuzeigen und so die individuelle Meinungsbildung der Teilnehmenden anzuregen und zu unterstützen. An diesem Grundanliegen orientiert sich auch die Zusammenfassung der Einzeläusserungen. Sie ist darauf angelegt, möglichst viele und vielfältige Aspekte festzuhalten und übersichtlich zu ordnen. Es handelt sich um eine ausschliesslich qualitative Auswertung. Sie lässt die Frage ausser Betracht, wie häufig oder wie selten eine bestimmte Position in den Rückmeldungen vertreten ist. Auf diese Weise entsteht eine Übersicht der vielfältigen, nicht selten auch widersprüchlichen Argumente, welche den Tagungsteilnehmenden als Erinnerungsstütze und für ihre Meinungsbildung, den Projektverantwortlichen für die weitere Entscheidungsfindung nützlich sein kann.

In der folgenden Darstellung werden zu den wichtigsten Aspekten die geäusserten Argumente zusammengefasst und jeweils durch einige ausgewählte Originalaussagen (*in Kursivschrift*) illustriert.

1 Grundsätzliches zur Strukturreform

Dass unter dem Einfluss der Harmonisierungsbestrebungen der EDK und des Bundes der Aargau um eine Reform der Strukturen der obligatorischen Schule nicht herum kommt, ist kaum bestritten. Das Hauptinteresse richtet sich vielmehr darauf, innerhalb der gesetzten Rahmenbedingungen möglichst sinnvolle, pädagogisch überzeugende Strukturen zu schaffen. Allerdings melden sich auch weiterhin Stimmen, welche für die Strukturreform primär eine pädagogische Begründung erwarten. Unüberhörbar ist auch die Sorge über die Verkraftbarkeit der Strukturreform neben allen Neuerungen, welche die Volksschule darüber hinaus zu verarbeiten hat..

Die Chance des Strukturwechsels soll genutzt werden. Darum keine halbherzige Reform, die an alten Strukturen festhält, wenn es möglich ist, innerhalb eines Rahmens etwas Besseres zu schaffen.

Ich sehe nach wie vor keinerlei pädagogischen Vorteil der Strukturreform.

Im Moment ist in den Schulhäusern soviel Umbruch. Kann noch mehr zugemutet werden?

2 Primarschule

Allmählich reift die Erkenntnis, dass die Neuerungen am Anfang (Grund- oder Basisstufe) und am Ende (zusätzliches 6. Schuljahr) der Primarschulzeit sich auch auf die dazwischen liegenden Jahre auswirken werden. Jahrgangsgemischte Klassen und differenzierende Unterrichtsgestaltung werden nicht nur die neuen Elemente prägen, sondern die Primarschule überhaupt. Der Umbruch wird noch verstärkt durch die Einführung von Fremdsprachenunterricht in der Primarschule. Das Berufsprofil der Primarlehrperson wird sich tiefgreifend verändern. Die Lehrpersonen der Primarschule erkennen, dass sie sich in diesem Prozess vermehrt Gehör verschaffen und ihn aktiv mitgestalten müssen.

Nach der Strukturreform wird die Primarschule die einschneidendsten Veränderungen erlebt haben. Warum spricht niemand darüber? Wird das bewusst unter dem Deckel gehalten?

Wo bleibt die Primarschule? Welches Bild wird da von der Primarschule gezeichnet? Wir fühlen uns nicht vertreten!

Welche Lehrkräfte werden wie für den Fremdsprachenunterricht ausgebildet? Unterrichten die Lehrkräfte dann mehr Lektionen? Werden die Schüler/innen mehr Lektionen pro Woche besuchen müssen? Oder bei welchen Fächern wird gekürzt?

3 Sekundarstufe I

Die Diskussion dreht sich einseitig um die angemessene Schulung von zukünftigen Gymnasiast/innen. Im Streit um die schulische Zukunft dieser 20 % eines Schülerjahrgangs droht die Struktur der ganzen Stufe und drohen die Bedürfnisse und Interessen des Hauptanteils der Schüler/innen vernachlässigt zu werden. Neben den bekannten, sehr dezidiert vertretenen Positionen zur Vorstufe des Gymnasiums gibt es aber doch Ansätze zur Betrachtung der Sekundarstufe I in ihrer ganzen Breite.

3 Jahre Ausbildung an der ganzen Sek I erlaubt eine optimale Vorbereitung auf Lehre und Gymnasium.

Dualer Bildungsauftrag der Bez muss gewahrt werden. Ein Pro- oder Langzeitgymnasium fördert die sozialen Unterschiede.

2-jährige Bez-Stufe ist unsinnig. Qualitätsabbau ist bei einer Lösung von 6 – 3(2) – 4 vorprogrammiert. Progymnasiale Stufe ist zu favorisieren.

Eine Entscheidung für oder gegen eine Bezirksschule im Kanton Aargau erscheint unausweichlich.

Die Oberstufe soll das 9. Schuljahr zur Vertiefung und Berufskompetenzfindung nutzen. Die Bez soll nach 2 Jahren Schüler/innen ins Gymi abgeben können. Die übrigen Schüler/innen erfahren Vertiefungsunterricht im Hinblick auf die Weiterführung ihrer Schul-/Berufslaufbahn.

Ich finde, dass die Oberstufe neu gedacht werden muss in Richtung auf eine starke Integration und Durchlässigkeit. Abkommen müsste man vom Jahrgangsklassendenken und dafür die Bildungsstandards als Messlatte nehmen. Eine Schülerin/ein Schüler geht in die nächste Stufe, wenn die Standards erfüllt sind.

4 Sekundarstufe II

Als Dauer des Gymnasiums erscheinen 4 Jahre als gesetzt. Umstritten ist nach wie vor die Gesamtdauer der Ausbildungszeit bis zur Matur. Statt einer strukturellen Verkürzung auf 12 Jahre erscheint als Alternative die individuell verkürzte Durchlaufzeit der bisherigen Struktur mit 13 Jahren. Die Frage, wie sich das jüngere Lebensalter und die verkürzte Vorbildung auf den Unterricht im Gymnasium auswirken, wird noch kaum thematisiert.

4 Jahre Kanti weil CH-kompatibel.

Ich finde es nicht sinnvoll, dass viel Energie auf die Phantomdebatte "Warum setzen wir uns nicht für 13 Jahre zur Matur ein" ver(sch)wendet wird. Das ist eine Verkennung der politischen Realitäten.

Warum müssen die 12 Jahre zur Matur als Regellösung propagiert werden? Es wäre doch möglich, das eine Jahr individuell einzusparen, entweder in der Basisstufe oder dann später.

5 Pädagogische Reformen und Tagesstrukturen

Die Angleichung der aargauischen Schulstrukturen an gesamtschweizerische Vorgaben wird beträchtliche Ressourcen binden. Andererseits sind im Rahmen der heutigen Strukturen Schwächen und Defizite bekannt, die durch neue Strukturen nicht behoben werden, deren Überwindung aber auch keinesfalls durch die Strukturreform weiter verzögert werden darf. Stichworte sind: mangelnde Durchlässigkeit zwischen den Schultypen, unzureichende Flexibilität und Individualisierung, unzureichende Integrationsleistung des Schulsystems. Diese Mängel verdichten sich in der Realschule, welche zum Auffangbecken für Problemschüler mit dem Stigma der Restschule geworden ist. Gleichzeitig und im Rahmen der Strukturreform müssen für diese Probleme Lösungen gefunden und umgesetzt werden. Einen wichtigen Beitrag können dabei Tagesstrukturen leisten, in welchen Kinder auch ausserhalb der Unterrichtszeiten betreut und gezielt gefördert werden. Das Angebot soll verbindlich sein, dessen Nutzung hingegen freiwillig.

Die Probleme der Integration der schwachen Schüler/innen lassen sich mit der Strukturreform nicht lösen.

Die schwächsten Schüler/innen werden trotz allen Strukturreformen schwach bleiben. Über ihre Perspektiven muss man sich nicht nur Gedanken machen, sondern für sie auch Lösungsmodelle finden.

Verschafft die Strukturreform einem Realschüler bessere Aussicht auf eine Lehrstelle?

Tagesstrukturen verbessern Chancengerechtigkeit.

Tagesstrukturen müssen realisiert werden. Tagesschulen dürfen nicht verordnet werden, müssen wachsen.

Wie ist es politisch machbar, auch "bildungsferne" und sozial schwächere Familien an Tagesschulen oder Tagesstrukturen teilhaben zu lassen?

6 Lehrpersonen - Standesfragen

Strukturreform, pädagogische Reformen und die Verschiebung von Lehrerstellen bringen hohe und neue Anforderungen an die Lehrpersonen, auf die sie sich durch gezielte Weiterbildung und Umschulung einstellen müssen. Der Abbau eines Schuljahres und der allgemeine Rückgang der Schülerzahlen werden zudem zu einer Reduktion von Pensen und Stellen führen. Das sind enorme Herausforderungen für den Kanton als verantwortungsbewussten Arbeitgeber und für die Berufsverbände der Lehrerschaft als Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Es besteht die Gefahr, dass Stufenverbände, die einseitig ihre Teilinteressen verfolgen, den Einsatz für das Gesamtinteresse schwächen.

Genügend Ressourcen für die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen für die verschiedenen neuen Bedürfnisse der neuen Struktur. Was ist hier geplant?

Ohne befriedigende Lösungen und Absicherung für betroffene Lehrpersonen lässt sich kaum eine Reform realisieren.

Einander den schwarzen Peter zuschieben, bringt uns keinen Schritt weiter. Wir müssen die Probleme miteinander lösen (wollen).

Gefahr der gegenseitigen Bekämpfung der Verbände der verschiedenen Stufen statt gemeinsames Agieren für eine gute Bildung.

Der Zwist zwischen Bez- und Kantilehrern kann den Blick für die Reformvorschläge verstellen oder zumindest behindern.

7 Finanzen

Reformschritte und ihre sachliche Begründung sind eines, die Finanzierung der erforderlichen Massnahmen ein anderes. Personalentwicklung, Sozialplan, neue Unterrichtsformen, Lehr- und Lernmittel, Infrastrukturen erheischen Ressourcen, die keinesfalls kostenneutral finanziert werden können. In finanzieller Hinsicht besteht zwischen den Bildungsreformen und den aktuellen Tendenzen zur Senkung von Steuern ein politischer Zielkonflikt, dessen Auflösung nicht absehbar ist. Die Lehrerschaft steht noch immer unter dem Eindruck der Sparmassnahmen der letzten Jahre.

Wie soll ohne Mehrkosten verändert werden und die Qualität beibehalten oder verbessert werden?

Es braucht mehr finanzielle Mittel für das Schul- und Bildungswesen, damit die vielen konstruktiven und kreativen Verbesserungsvorschläge in Zukunft auch wirklich in die Praxis umgesetzt werden können. Ohne ein gutes Bildungssystem keine Zukunft für die Jugend.

8 Zusammenarbeit Schule – Wirtschaft

Schule und Wirtschaft bewegen sich allzu sehr nur in ihrer eigenen Welt, pflegen ihr eigenes Bild von der anderen Seite und haben zu wenig unmittelbaren Einblick in deren reale Arbeits- und Erfahrungswelt. Wirtschaftsvertreter begnügen sich damit, ungenügende Vorleistungen der Schule zu beklagen und ihre Ansprüche und Erwartungen zu formulieren. Schulvertreter erleben die Wirtschaft als hart und unsolidarisch, wenn es darum geht, auch leistungsschwächeren Schüler/innen eine Ausbildungs- oder Arbeitsmöglichkeit zu eröffnen. Eine engere, partnerschaftliche Zusammenarbeit könnte das gegenseitige Verständnis fördern und zusätzliche Chancen für junge Menschen erschliessen.

Hat die Wirtschaft einen Auftrag, die "schwachen" Schüler aufzunehmen? Wenn nicht – was passiert mit ihnen?

Bessere Abstimmung zwischen Schule und Wirtschaft in Bezug auf Kernkompetenzen und Lernziele ist gefragt.

Übergang von der Volksschule zur Wirtschaft unbedingt einbeziehen in die Reform.

Eine Annäherung zwischen Wirtschaft und Schule ist unumgänglich. Es sollte eine Plattform geben für einen konstruktiven Austausch zwischen Schule und Wirtschaft.

9 Information – Kommunikation

Regelmässige, konkrete, praxisorientierte Information ist eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Strukturreform. Die bisherigen Anstrengungen des BKS, der KK und auch der Lehrerverbände tragen diesem Anliegen in guter Weise Rechnung. Entscheidend sind nun weiterhin Kontinuität der Information und systematische Ausweitung auf möglichst viele interessierte bzw. betroffene Zielgruppen. Besonders wichtig ist dabei, dass sich auch Lehrpersonen mit entsprechender Unterstützung als Multiplikator/innen engagieren.

Wie werden die Lehrpersonen informiert über all diesen Informationsdschungel zur Strukturreform?

Ab wann ist klar, welches Modell durchgeführt wird und welche Bezirksschulen (wenn überhaupt) noch weitergeführt werden?

Kann das BKS eine Informationsmappe zusammenstellen für die Lehrpersonen, damit diese die Eltern über die Strukturreform informieren können?

Wie und wann erreichen Informationen über neue Strukturen die Eltern, v.a. die fremdsprachigen?

Hans Ambühl:

Gesamtschweizerische Ausgangslage

- Der Konkordatsentwurf der EDK; Darstellung und Begründung der Eckwerte
 - Zeitplan und Chancen der Realisierung
 - Wechselbeziehung zur Revision der Bildungsartikel in der Bundesverfassung
-
- Hans Ambühl hat sein Referat frei und ohne Manuskript gehalten.
 - Allen Teilnehmenden wurde die Broschüre "Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat); Bericht zur Vernehmlassung" abgegeben.
 - Weitere und laufend aktualisierte Informationen unter www.edk.ch.

Schule wohin? – Welche Struktur für die Schule Aargau?

Freitag, 24. März 2006, 8.30 – 17.00 Uhr
Kultur- und Kongresshaus Aarau

Landammann Rainer Huber
Vorsteher Departement Bildung, Kultur und Sport



Auswirkungen einer Reform

- Betroffenheit
- Ängste
- Kommunikation

24. März 2006 / 2



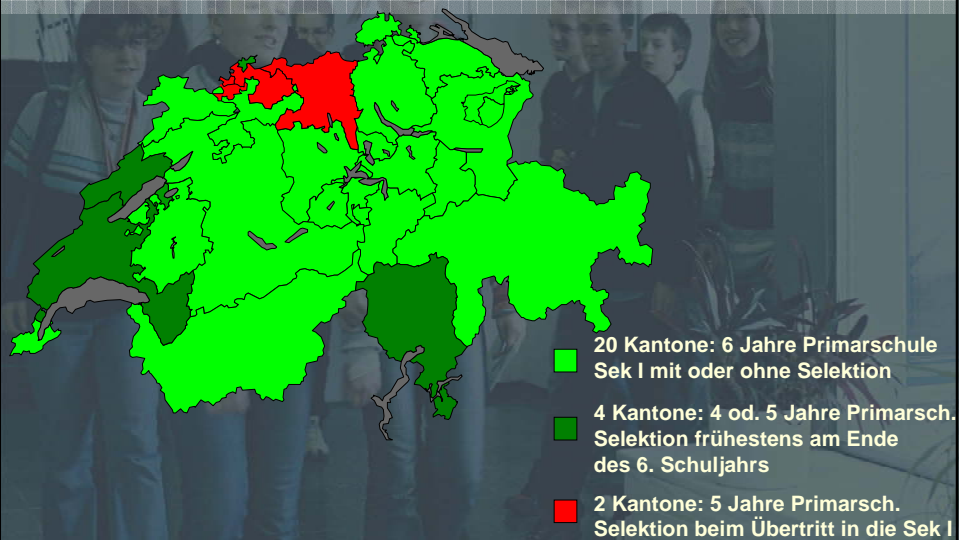
Geleitete Schule und Reform

- Die jetzt anstehende umfassende Reform baut auf dem funktionierenden System der geleiteten Schule auf.
- Führung innerhalb einer geleiteten Schule
 - Schulleitung → Lehrpersonen
 - Klassenlehrpersonen → Lehrpersonenteam einer Klasse
 - Lehrpersonen → Schülerinnen und Schüler

24. März 2006 / 3

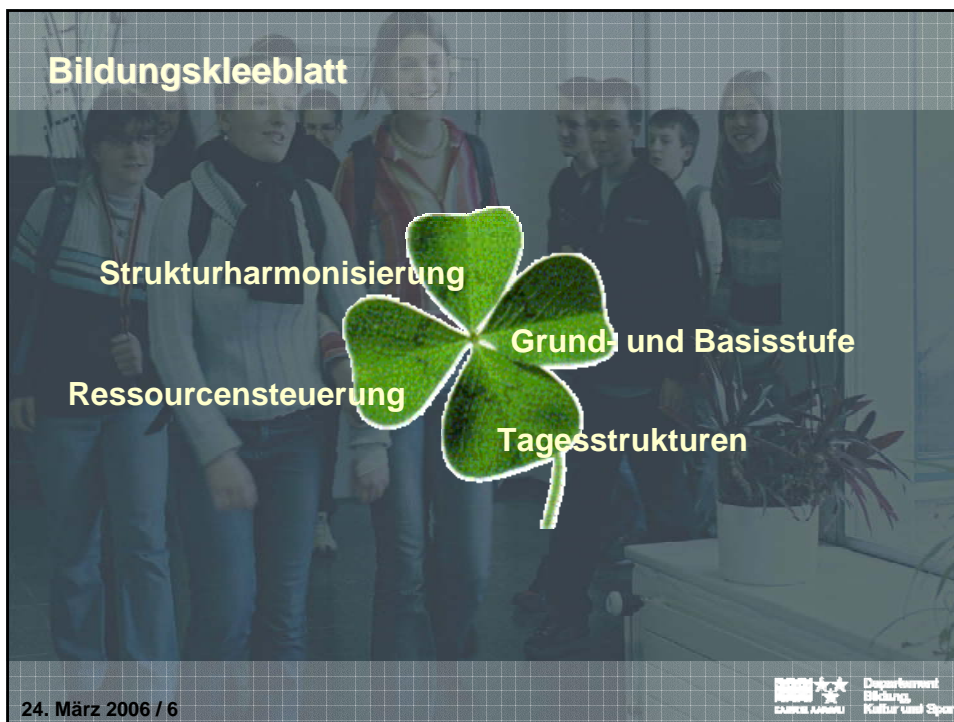
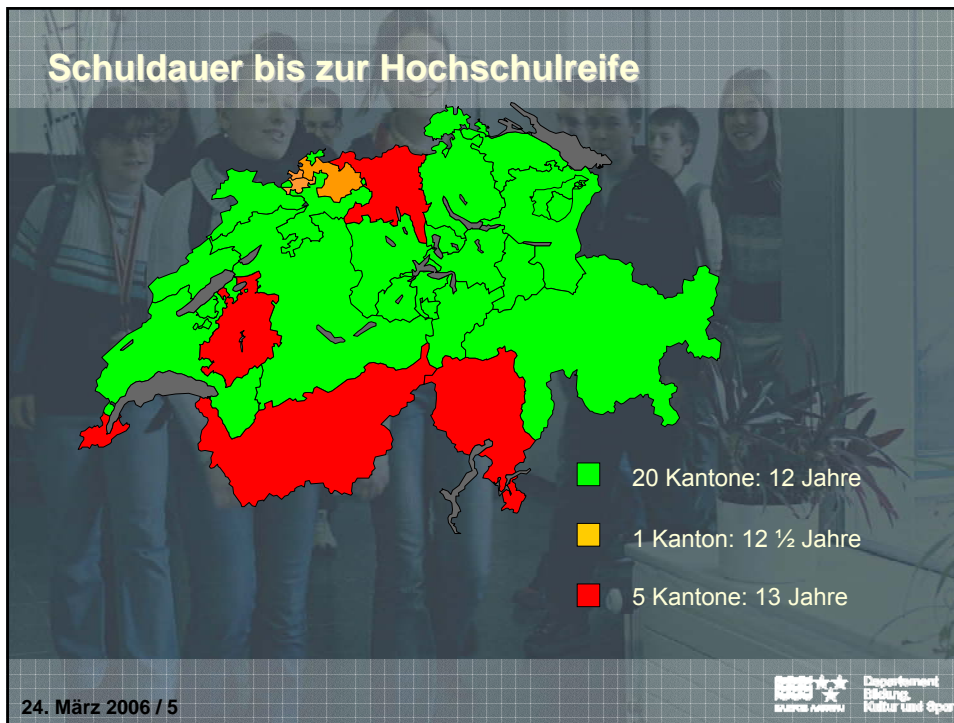
SAARLICH ANNALE
Department
Bildung,
Kultur und Sport

Dauer der Primarschule in den Kantonen



24. März 2006 / 4

SAARLICH ANNALE
Department
Bildung,
Kultur und Sport



Bedeutung der Bildung

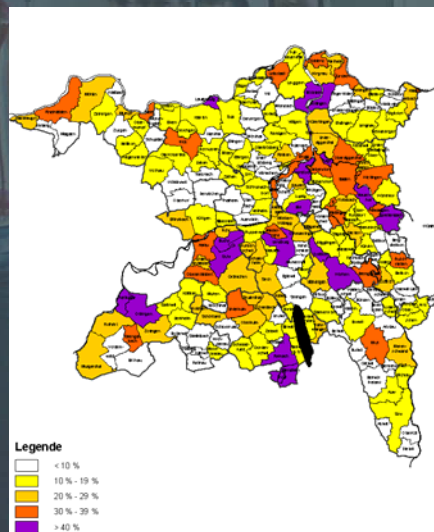
- Der Bildung kommt die entscheidende Bedeutung für jede Entwicklung, jeden Fortschritt in Gesellschaft und Wirtschaft zu.
- Unzulänglichkeiten und mangelhafte Qualität wirken sich fundamental und verhängnisvoll aus.

24. März 2006 / 7

SAARGAU AARGAU
Department
Bildung,
Kultur und Sport

Herausforderungen für die Schule Aargau

- Anderssprachigkeit
- Scheidungsrate
- Demografie
- Separation



24. März 2006 / 8

SAARGAU AARGAU
Department
Bildung,
Kultur und Sport

Innere Ausgestaltung – Gesamtsystem

- Einschulungsphase
- Grund-/Basisstufe
- Primarschule
- Check 5
- Sek-Stufe I
- Check 8
- Abschlusszertifikat
- Sek-Stufe II
- Leistungstest Sek-Stufe II
- teilw. kant. Maturitätsaufgaben
- Volksschule gesamthaft
- Geleitete Schulen
- Promotionserlass

24. März 2006 / 9

 Department
Bildung,
Kultur und Sport

Innere Ausgestaltung: 1. Lehrpersonen

- Qualifikation zu integrationsgerechter und leistungsorientierter Förderplanung:
 - Diagnosefähigkeit
 - Stützunterricht und Therapien
- Art des Lehrpersonals
 - Klassenlehrperson
 - Fachlehrperson

24. März 2006 / 10

 Department
Bildung,
Kultur und Sport

Innere Ausgestaltung: 2. Didaktik

- Binnendifferenzierung
- Individuelle Leistungsförderung
- Integrative Schulungsformen
- Niveauunterricht
- Spezielle Unterrichtsgefäße wie Aufgabenhilfe, Wahlkurse
- Projektarbeit
- Jahrgangsübergreifender Unterricht
- Module für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen
- Individuelle Durchlaufzeiten innerhalb der Schulstufen

24. März 2006 / 11

 **CONFÉDÉRATION SUISSE**  **Department Bildung, Kultur und Sport**

Innere Ausgestaltung: 3. Lehrmittel

- Einbezug aller Stufen
- Lehrplan für alle deutschsprachigen Kantone
- Interkantonale Lehrmittel
- Nationale Kompetenzmodelle und Bildungsstandards
- Deutschsprachige Leistungstests
- Studentafel

24. März 2006 / 12

 **CONFÉDÉRATION SUISSE**  **Department Bildung, Kultur und Sport**

Innere Ausgestaltung: 4. Qualitätssicherung

- Inspektorat
- Leistungstests
- Schulleitungen
- Beurteilung der Lehrpersonen durch die Schulleitung
- Externe Schulevaluation
- Selektions- und Aufnahmeverfahren in die nächste Schulstufe

24. März 2006 / 13

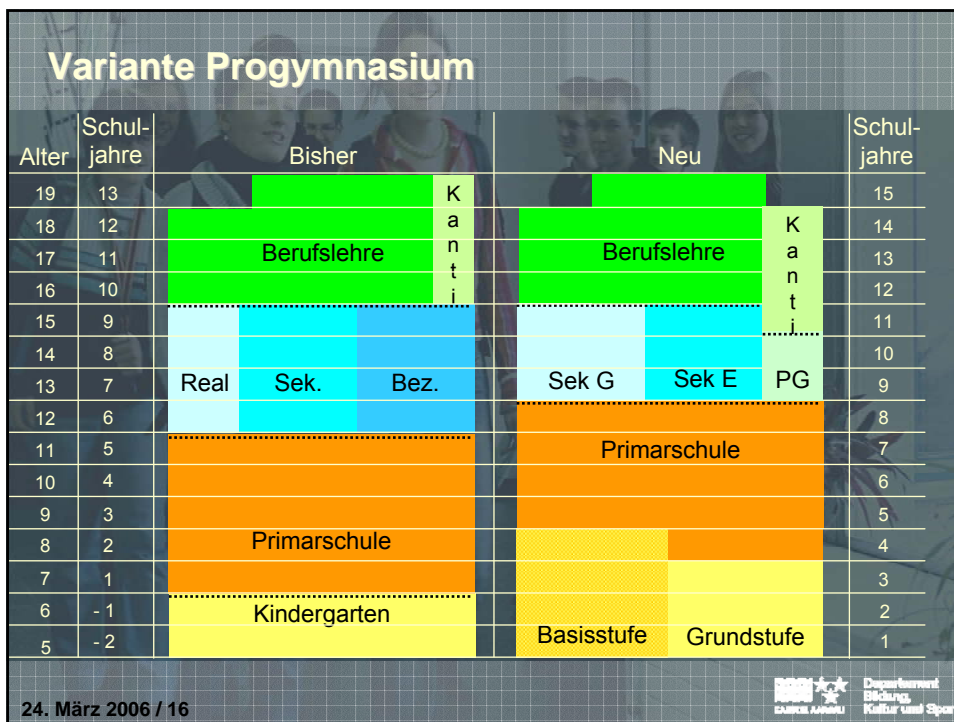
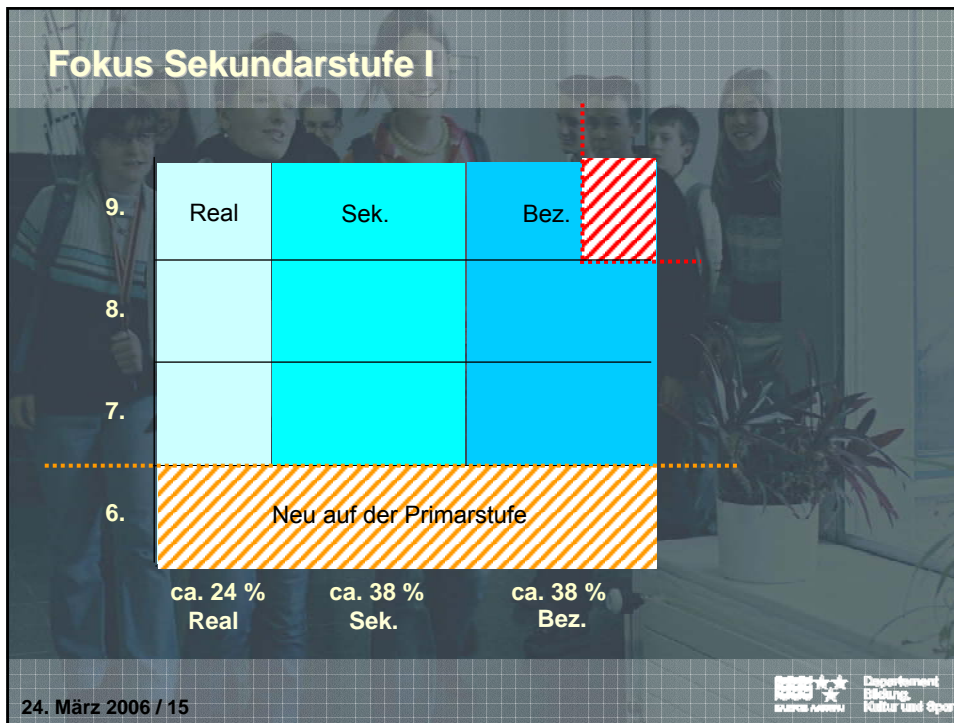

 Department
 Bildung,
 Kultur und Sport

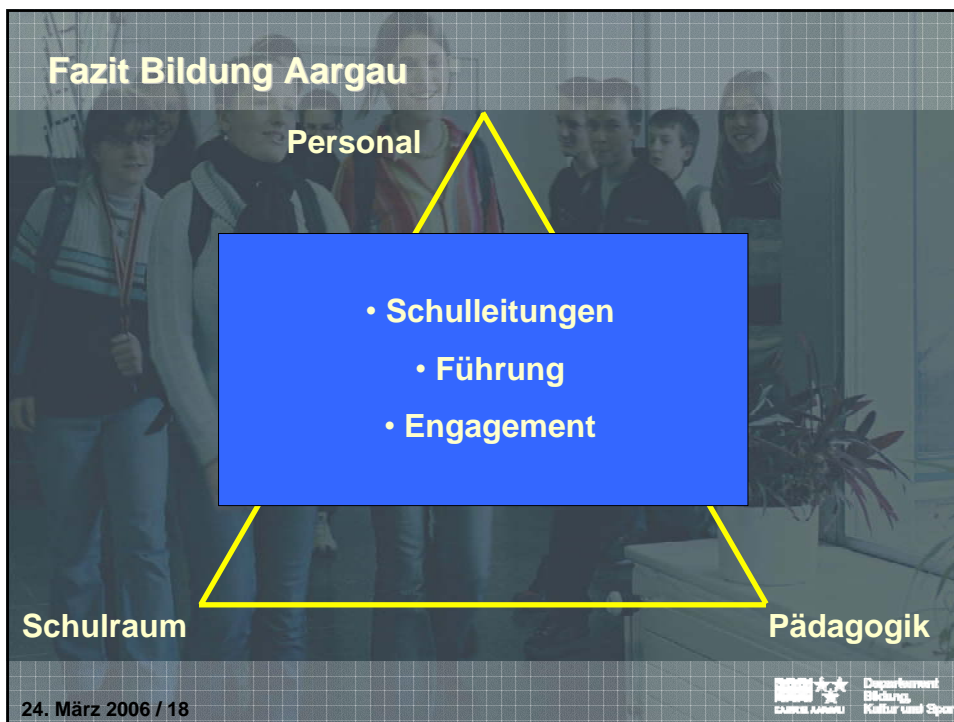
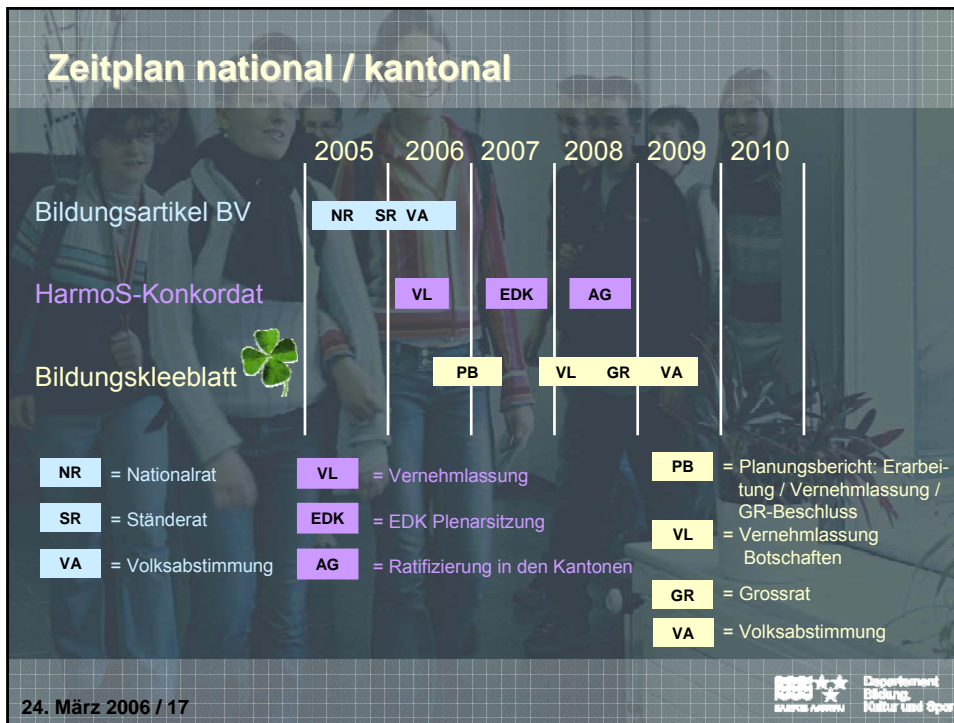
Schulsystem Aargau

Alter	Schul- jahre	Bisher			Neu			Schul- jahre	
19	13			K				15	
18	12			a				14	
17	11	Berufslehre			Berufslehre			K	
16	10			n				12	
15	9			t			i	11	
14	8			i				10	
13	7	Real	Sek.	Bez.	Real	Sek.	Bez.	9	
12	6							8	
11	5	Primarschule			Primarschule				7
10	4							6	
9	3	Primarschule						5	
8	2	Primarschule						4	
7	1	Kindergarten						3	
6	-1	Kindergarten						2	
5	-2	Kindergarten			Basisstufe	Grundstufe		1	

24. März 2006 / 14


 Department
 Bildung,
 Kultur und Sport





Schule wohin? – eine Elternsicht auf die Strukturreformen der Schule Aargau

Maya Mülle, Fachstelle Elternmitwirkung

Eltern haben grosse Wirkung auf die Schulleistungen ihrer Kinder. Ich danke den Organisatoren für die Einladung, heute eine Elternsicht auf die geplanten Schulstrukturreformen des Kantons Aargau zu werfen.

Ich arbeite seit sieben Jahren in Schulen in der ganzen deutschsprachigen Schweiz. Ich treffe dabei Eltern aus allen Schichten und Kulturen, bildungsnahe und bildungsferne Eltern.

Ich stelle fest, Eltern wollen das Beste für Ihr Kind. Ihr Blick ist beeinflusst durch die eigene Schulerfahrung, die Schulerfahrungen, die sie mit ihren Kinder gemacht haben, ihre Erwartungen an die Schule und die Leistungen ihrer Kinder. Ihre eigenen Werte und die Kultur der Eltern spielt eine Rolle. Eltern interessieren sich für die schulischen Leistungen ihrer Kinder, die Schule am Wohnort, wenig für das kantonale Schulsystem und noch weniger für Schulsysteme anderer Kantone oder die Schulentwicklung. Und doch sind sie das Zünglein an der Waage, wenn sie an Abstimmungen teilnehmen. Sie wollen Bewährtes bewahren und schrecken vor Neuem zurück, wenn die Folgen zu wenig absehbar sind.

Ich behaupte, dass 80 Prozent der Eltern die Schule positiv beurteilen. Ihre Kinder bringen die erwarteten Leistungen. Die Gespräche mit den Lehrpersonen werden geschätzt.

20 Prozent der Eltern sind mit der Schule unzufrieden. Die Kinder sind, aus ihrer Sicht, unterfordert, überfordert, schlecht gefördert, Stufenübergänge passen nicht, Lehrpersonen genügen nicht, Informationen fehlen, Schulbehörden nehmen Eltern nicht ernst, Eltern sind Hilfslehrer etc.

Viele Lehrpersonen ärgern sich,

- dass die Kinder unausgeschlafen sind, die Aufgaben nicht mitbringen, stören.
- dass Eltern ihre Kinder nicht erziehen, kein Interesse an der Schule haben, kein Deutsch sprechen, zu hohe Erwartungen haben.

Viele Eltern sind aber auch verunsichert durch die Resultate der PISA-Studie, Berichte in den Medien und die schwierige Lehrstellensituation. Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten 30 Jahren stark geändert. Die Schule hat diese Veränderungen bis heute zu wenig berücksichtigt.

Reformen sind daher dringend notwendig. Aus Elternsicht stellen sich aber folgende Fragen:

- Was bringt die Schulreform den Kindern?
- Was bringt die Schulreform den Eltern?
- Was haben die 80 % der Eltern, die zufrieden sind mit der Schule, von den geplanten Schulstrukturreformen?
- Was muss erhalten bleiben?
- Was könnten die vielen Lehrpersonen, die sehr direkt betroffen sein werden, schlussendlich Positives von der Reform haben?
- Welche Rahmenbedingungen wie Finanzen, Zeitressourcen und Know-how werden benötigt?

Der Kanton Zürich hat das neue Volksschulgesetz im ersten Anlauf abgelehnt. Die Kosten waren ungewiss. Lehrpersonen stellten die Qualitätsverbesserung durch die Reformen in Frage, Kinderärzte warnten vor negativen Auswirkungen der Grundstufe auf die Entwicklung der Kinder. Die Angst vor der Verschulung des Kindergartens war bei den Eltern gross, hatten sie den Kindergarten doch persönlich in guter Erinnerung. Die Eltern lehnten die Vorlagen ab, weil sie befürchteten, dass unmotivierte Lehrpersonen auch unmotiviert unterrichten würden.

Gerne nehme ich Stellung zu den geplanten Reformpunkten – aus Sicht der Eltern.

Die gute Schule...

... hat gleiche Rahmenbedingungen für alle

In einigen Kantonen sind die Schulentwicklungsprozesse bereits weit fortgeschritten, die Zusammenarbeit unter den Kantonen stellt eine Bereicherung dar. Der Kanton Aargau bildet aus meiner Sicht eine Insel in der Bildungslandschaft. Es ist wünschenswert, dass der Kanton Aargau von den Erfahrungen der anderen Kantone profitieren kann. Die Harmonisierung des Bildungswesens und die Definition von gemeinsamen Qualitätskriterien wird den Eltern Sicherheit geben. Die geplanten Prüfungen werden aber auch Diskussionen und Ängste auslösen. Die Eltern wünschen ihren Kindern eine unbeschwertere Schulzeit.

... beginnt mit einem zwei-jähriger Kindergarten

Die „Gfätterli-Schuel“ besteht nur noch in den Köpfen einzelner Eltern, vor allem Migranteneletern. Ich bin überzeugt, dass Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern erst dann eine Chance auf Bildung und Erfolg haben, wenn sie unsere Sprache und Kultur möglichst früh kennen lernen, möglichst früh Anregungen erhalten und Lernerfahrungen machen können. Gerade Kinder bildungsferner Eltern werden von einer frühzeitigen Einschulung in den Kindergarten resp. die Grund- oder Basisstufe profitieren. Es wird Zeit, dass die Eltern erkennen, dass der Kindergarten mit all seinen Aktivitäten die Grundlage bildet für das Lernen in der Schule. Eltern, welche die Grundstufe kennen gelernt haben, haben dank dieser Erfahrungen auch die Angst vor einer Verschulung verloren.

... schult Kinder individuell und ist flexibel

Kein Kind ist wie das andere. Deshalb brauchen wir ein Schulsystem, das die Kinder individuell fördert und beurteilt. In den letzten Jahren habe ich immer wieder mit Eltern diskutiert, wie sie eine gute Schule sehen, was eine gute Schule können muss:

- Die Kinder sollen gut lernen können und sich wohl fühlen.
- Die Kinder sollen die Freude am Lernen bewahren.
- Kreativität und Leistung gehören aus der Sicht der Eltern ebenfalls zu einer guten Schule.
- Eltern wünschen sich gute Lehrerinnen und Lehrer.
- Sie wollen ein harmonisches, offenes Klima, ohne Gewalt, transparente Informationen über Strukturen, Lernziele und deren Erreichung.
- Eltern wollen ernst genommen werden und mitwirken.

Eltern wollen das Beste für ihr Kind. Sie wünschen sich faire Beurteilungskriterien und flexible Lösungen: integrative Förderung bei Schulschwierigkeiten und Überspringen bei Hochbegabung, transparente Lernziele mit individueller Beurteilung und Zieldefinierungen, welche die Freude der Kinder am Lernen erhalten können. Eltern sind sich auch bewusst, dass nur motivierte und engagierte Lehrpersonen diese Erwartungen erfüllen können. Es braucht also auch Rahmenbedingungen, die den Lehrpersonen individuelles Arbeiten ermöglichen.

... erzieht die Kinder mit den Eltern und hat Tagesstrukturen

Blockzeiten werden von den meisten Eltern unterstützt. Viele sind auch bereit mitzuhelfen, damit echte Blockzeiten auch finanziell möglich werden. Aufgabenhilfe, Mittagstische, ausserschulische Betreuungsangebote sind wichtig und geben auch Kindern aus bildungsfernen Familien eine Chance.

Für Tagesschulen ist die Schweiz noch nicht reif. Zum einen entsprechen Tagesschulen einem Bedürfnis gut ausgebildeter Eltern, zum anderen helfen sie kleinen Gemeinden, die dorfeigene Schule zu erhalten. Kinder von bildungsfernen Eltern, die mit den Tagesstrukturen frühzeitig und umfassend gefördert werden sollen, werden kaum erreicht.

- Tagesschulen benötigen ein pädagogisches Konzept.
- Der Besuch der Tagesschule muss finanziell für alle möglich sein.
- Die Qualität des Betreuungsangebotes muss gewährleistet sein, auch während der Schulferien.
- Eltern sollen bei der Planung und bei Erziehungsfragen einbezogen werden.

Zudem müssen Mütter wie ich überzeugt werden können, dass die Betreuung und Förderung durch die Schule, für die sie bezahlen müssen, besser ist als das, was sie aus Liebe und Überzeugung für ihre Kinder tun. Die Wirtschaft muss attraktive Beschäftigungen anbieten, die den Müttern eine sinnvolle Tätigkeit erlauben.

... macht mobil und fördert den Wirtschaftsstandort Aargau!

Ich bezweifle, dass die Reformen in den Schulen den Wirtschaftsstandort Aargau verbessern werden. Unsere Generation ist mobil. Wir haben die Möglichkeit, uns an den besten Orten weiterzubilden, kulturelle Angebote da zu nutzen, wo sie stattfinden. Ganz selten spielt das Profil einer Schule eine Rolle, bei der Wahl eines neuen Wohnortes. Die Mobilität der Familien zeigt andere Gesetze.

Mit einem Umzug der Familien soll der soziale Status, das heisst das Einkommen und die Wohnsituation, verbessert werden. Frauen haben oft ein Beziehungsnetz ausserhalb der Familie oder eine Arbeitsstelle, auf die sie nicht so ohne weiteres verzichten möchten. Familien ziehen eher zurück an den Ort, wo sie ihre Wurzeln, Familien und Bekannte haben.

Gut ausgebildete Führungskräfte, die aus dem Ausland zu uns kommen, bevorzugen Gemeinden, in denen es mehrsprachige Schulen oder Landsleute gibt. Das soziale Netz ist wichtig.

Wirtschaftsförderung heisst für mich als Mutter:

- sichere Arbeitsplätze für alle
- Teilzeitarbeitsplätze für Mütter und Väter
- Weiterbildungsmöglichkeiten für Mütter während der Familienphase
- starke KMUs, die in der Region verankert sind
- Lehrstellen für alle Schulabgänger und Schulabgängerinnen
- Arbeitsplätze für Schulabgänger und Junge
- Finanzielle Anreize

... macht Jugendliche fit fürs Leben

Eine Lehrstelle für alle!? So heissen die Podiumsdiskussionen, die ich immer wieder gerne moderiere. Arbeitnehmer zeigen auf, wie sie Lehrstellen vergeben, Schüler und Schülerinnen berichten von ihren Erfahrungen und Eltern von ihren Ängsten. Dabei erhalte ich den Eindruck, dass Schule und Wirtschaft wenig miteinander reden. Die Schule bereitet die Jugendlichen auf die Berufswahl vor, ohne genau zu wissen, was heute verlangt wird. Die Wirtschaft erwartet Kompetenzen von den Jugendlichen, die sie früher in der Lehre erworben haben. Eltern haben unrealistische Erwartungen, delegieren alles an die Schule, kennen unser Schulsystem nicht und sind sich zu wenig bewusst, wie sie aktiv werden können. Verantwortung wird der Schule oder dem BIZ zugewiesen oder der Staat ist verantwortlich dafür, dass es mehr Lehrstellen gibt.

Da sehe ich enormen Handlungsbedarf. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft muss verbessert werden. Migranteltern müssen besser informiert werden. Schulabschlüsse sollen weiterführen. Es ist frustrierend für die Jugendlichen, wenn sie nach der obligatorischen Schulzeit auf der Strasse stehen und nicht gebraucht werden. Wir brauchen flexiblere Lösungen, mehr Lehrstellen. Ausbildungsmodelle, die auch für Lehrbetriebe und Lehrmeister attraktiv sind.

... lehrt Deutsch, Englisch und...

Ich war immer stolz auf die Mehrsprachigkeit der Schweizerinnen und Schweizer. Unterdessen haben die umliegenden Länder aufgeholt und wir müssen darauf achten, dass wir unseren Vorsprung nicht einbüßen.

Meine Freundin ist für zwei Fremdsprachen an der Primarschule. Sie arbeitet bei der Bildungsdirektion und hat einige Studien gelesen.

Mit den Jahren bin ich nicht mehr so „studiengläubig“. Bei unseren Kindern stellte ich fest, dass weniger das Alter eine Rolle spielte beim Sprachenlernen, als vielmehr das Interesse an einer Sprache, die Sprachbegabung und die Chance, das Gelernte anwenden zu können.

Ich kenne viele Eltern, die ihre Kinder in der Unterstufe in einen Englischkurs schicken oder sogar eine zweisprachige Schule finanzieren. Englisch ist im Trend, wird von vielen Eltern gefordert.

Mit meiner Freundin bin ich einig:

- Die Lehrpersonen benötigen eine gründliche Ausbildung, Freude an der Fremdsprache und geeignete Lehrmittel.
- Die Kinder sollen nicht überfordert werden und wichtige Lerninhalte dürfen nicht verloren gehen.

Ich wünsche dem Kanton Aargau, dass er von den Fehlern lernt, die andere Kantone gemacht haben.

... 5/9, 6/3 mit oder ohne?

Mit meiner Interventionsgruppe habe ich diskutiert, welches nun wohl das beste Schulsystem wäre. Wir, eine Aargauerin wohnhaft im Kanton Aargau, eine Zürcherin aufgewachsen im Kanton Aargau, eine Zürcherin aufgewachsen in den Kantonen Aargau und Zürich, eine Oberstufenlehrerin, eine

Schulleiterin, eine Kindergärtnerin, eine Schulpflegerin, Mütter von insgesamt acht Kindern im Alter von 10 bis 25 Jahren, darunter ein hochbegabtes Kind, ein Kind mit Schulschwierigkeiten.

An den eigenen Kindern und in unseren Berufen haben wir die Veränderungen in den Schulen erlebt. Welches Schulsystem ist nun aus unserer Sicht das Beste? Kurz zusammengefasst: Das Schulsystem, in dem wir uns am besten auskennen, ist jeweils der Favorit. So urteilen übrigens auch bosnische und türkische Eltern.

Ich verstehe Lehrpersonen, die direkt betroffen sind, sehr gut, wenn sie dieses Thema sehr kritisch angehen. Es geht um Stunden und Inhalte und damit ans „Läbige“.

Bei unseren Kinder konnte ich feststellen, dass sowohl das Langzeitgymnasium als auch der Weg über eine zweijährige Sekundarschule ins vierjährige Kurzzeitgymnasium Vorteile hatte. Flexible Systeme kommen der Entwicklung der einzelnen Kinder entgegen.

... kann gemessen werden an hohen Maturaquoten und Studienquoten

Die Qualität eines Schulsystems kann sicherlich nicht an Maturaquoten oder Hochschulabschlüssen gemessen werden. Die Zürcher Seegemeinden weisen sehr hohe Quoten vor, da sind die Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium aber auch sehr gut besucht. Maturanden, welche die Aufnahmeprüfung für ein Medizinstudium machen wollen, besuchen heute im Kanton Zürich einen Vorkurs. Kein Wunder, wenn die Maturand/innen aus dem Kanton Glarus weniger Chancen haben. Eine Matura zu haben bedeutet noch lange nicht, erfolgreich zu sein oder ein glückliches Leben zu haben. Die Kinder sollen vielmehr ihren Begabungen entsprechende, qualitativ hochstehende Ausbildungen machen können.

Zusammengefasst:

Eltern wollen das Beste für ihr Kind. Das Beste ist abhängig von der eigenen Wahrnehmung, Kultur und Geschichte der Eltern. Die gute Schule berücksichtigt die individuelle Leistungsfähigkeit jedes Kindes und sucht im Gespräch mit den Eltern nach optimalen Lösungen.

Die gute Schule von Morgen ist flexibel, fördert die Kinder individuell, bezieht die Eltern als Partner mit ein und schafft dadurch das nötige Vertrauen. Sie bietet attraktive Arbeitsplätze für die Lehrpersonen und arbeitet mit der Wirtschaft zusammen. Eine solche Schule werden die Eltern auch an der Urne unterstützen.

Verändern heisst für mich, Bewährtes bewahren und Verbesserungen aktiv angehen. Dazu braucht es Gespräche mit allen Beteiligten, Zeitressourcen, Finanzen und Weiterbildung.

An einem Haus am Berliner Alexanderplatz stand folgendes Zitat:

„Wenn ich nur darf, wenn ich soll, aber nie kann, wenn ich will, dann mag ich auch nicht, wenn ich muss.

Wenn ich aber darf, wenn ich will, dann kann ich auch, wenn ich soll, und dann mag ich auch, wenn ich muss.

Denn die können müssen, müssen wollen dürfen.

Das gilt für Lehrpersonen, Eltern und Kinder.

mmc mulle mediation coaching

Fachstelle Elternmitwirkung

Maya Mulle

Färberstrasse 31

8008 Zürich

Tel. 044 380 03 10

Fax 044 380 03 48

www.mediation-coaching.ch

www.elternmitwirkung.ch

Harmonisierung der Schulstrukturen – Kommentar aus Sicht der Wirtschaft

Referat von Renato Merz, Mitglied der Geschäftsleitung und Personalchef von ABB Schweiz

Erwarten Sie nun nicht von mir, dass ich eine fundierte Meinung dazu abgebe, wie viele Jahre ein aargauischer Schüler in Zukunft auf welcher Stufe in die Schule gehen soll. Dies ist nicht die Kernkompetenz der Wirtschaft, sondern diejenige von Bildungspolitikern und Lehrpersonen gemeinsam. Ich zeige Ihnen aber sehr gerne auf, wie wichtig das Thema Ausbildung für die Wirtschaft ist und welche Ziele die Ausbildung unseres Erachtens erfüllen muss.

Ich habe mich darüber gefreut, dass in der Broschüre zu „Schule Aargau“ Themen wie Standortattraktivität, Produktivität oder Innovation zu finden sind. Dies macht deutlich, dass Wirtschaft und Schule gemeinsame Ziele haben. Mir scheint jedoch eine inneraargauische Betrachtungsweise etwas eng. Unsere Konkurrenz kommt heute nicht mehr aus dem Kanton Zürich oder dem Kanton Basel. Sie kommt aus Europa, Indien oder China. Nicht nur Wirtschaftsstandorte, sondern auch Bildungsstandorte stehen heute in einem harten internationalen Konkurrenzkampf.

Grundsätzliche Bedeutung der Bildung für die Wirtschaft

Die Wirtschaft hat ein tief greifendes Interesse an einem leistungsfähigen Bildungssystem. Selbstverständlich ist eine gute Ausbildung auch für das Privatleben sinnvoll. Am Arbeitsplatz ist sie jedoch unerlässlich, insbesondere in der Schweiz. Unser Land ist zwar schön, wir haben Berge, Ruhe, Sicherheit – aber wir haben keine natürlichen Ressourcen und zudem einen sehr kleinen Heimmarkt.

Die Schweiz ist deshalb prädestiniert für Tätigkeiten mit wissensintensiver Wertschöpfung. Sie lebt vom Export von High-Tech-Produkten, von innovativen Dienstleistungen – kurz: sie lebt vom Brainwork, von der Ressource Mensch. Der Erfolg der Schweizer Wirtschaft und damit unser Wohlstand hängen also von der Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Mitarbeitenden ab. So verfügt zum Beispiel bei ABB Schweiz gegen die Hälfte der 5000 Mitarbeitenden über eine höhere Ausbildung.

Verstehen Sie mich richtig: Das soll nicht heissen, dass wir nur an Hochschülern interessiert sind: Die andere Hälfte unserer Mitarbeitenden hat eine Lehre abgeschlossen. Die Schweizer Wirtschaft braucht beides: gut ausgebildete Hochschulabsolventen ebenso wie gute Lehrlinge. Unser Ausbildungsniveau muss auf allen Stufen hoch sein, sei es in der Grundausbildung, in den Mittelschulen, bei der Lehrlingsausbildung oder an den Hochschulen.

Dazu gehört einerseits der Mut, die Elite zu fördern, auch wenn dies in der Schweiz nach wie vor eher verpönt ist. Begabten Schülern müssen entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden. Auf der anderen Seite müssen aber auch schwache Schüler mit geeigneten Mitteln unterstützt werden. Es ist mir klar, dass dieser Spagat nicht einfach ist. Aber wir können es uns nicht leisten, durch eine Nivellierung nach unten wertvolles Brain-Potential

nicht auszuschöpfen. Und wir können es uns noch viel weniger leisten, Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu entlassen, welche die schulischen Grundvoraussetzungen für eine Lehre nicht erfüllen. Dies ist leider heute zum Teil der Fall. So finden wir zum Beispiel zurzeit auf dem Markt zu wenig Schulabgänger, welche den Minimalanforderungen für den Lehrantritt genügen.

Die Verkürzung der Schuldauer bis zur Matur ist zu begrüßen. Dadurch sind ein früherer Studienanfang und ein früherer Eintritt ins Berufsleben möglich, beides Forderungen, welche die Wirtschaft schon seit längerem stellt. Die schweizerischen Hochschulabsolventen sind heute im internationalen Vergleich älter als ihre ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Dies ist ein Nachteil für die berufliche Karriere.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Durchlässigkeit der Bildungssysteme. Bildung ist ja nicht mehr auf eine Schulstufe beschränkt. Heute gilt es, ein ganzes Leben lang hinzulernen, sich laufend weiterzubilden, sonst ist man im Beruf schnell weg vom Fenster. Wie gesagt, bei ABB haben rund 50 Prozent der Mitarbeitenden eine Lehre abgeschlossen, etwa ein Viertel davon hat danach eine Zusatzausbildung, zum Beispiel eine Technikerschule, absolviert.

Das heisst aber nicht, dass die Volksschule keine Verantwortung mehr hat. Gerade die ersten Schuljahre entscheiden viel: sie entscheiden darüber ob ein Kind Freude am Lernen hat und ob es lernt, wie man lernt. Dies ist eine der wichtigsten Grundlagen überhaupt.

Ansprüche der Wirtschaft an die Ausbildung

Welche konkreten Ansprüche und Wünsche hat die Wirtschaft nun ans Bildungssystem? Selbstverständlich müssen Jugendliche lesen, schreiben und rechnen lernen – hier braucht es eine solide Basis. Ebenso wichtig ist meiner Meinung nach, dass sie schon früh lernen wie man lernt und dass vermehrt die Problemlösungskompetenz statt das auswendig Lernen gefördert wird. Ohne diese Grundvoraussetzungen ist keine Weiterbildung möglich.

Ein wichtiges Stichwort für die Wirtschaft ist die Teamarbeit. Es gibt heute bei ABB kein Projekt, das man als Einzelner bewältigen kann. Individualkenntnisse reichen nicht mehr, um die komplexen Aufgaben zu bewältigen. Mitarbeitende müssen fähig sein, ihr Wissen und ihre Persönlichkeit in ein Team einzubringen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Dem wird unser Schulsystem, das nach wie vor auf Einzelkämpfer ausgerichtet ist, zu wenig gerecht. Es müsste ein System entwickelt werden, das den Wissensaustausch, die Zusammenarbeit und damit auch die soziale Kompetenz fördert.

Integration ist ja heute klar auch ein Anliegen der Schule. In diesem Zusammenhang erscheint es mir wichtig, dass Jugendliche lernen, wie man mit einem multikulturellen Umfeld umgeht und die Verschiedenheiten versteht, akzeptiert und auch respektiert. Die Schweizer Wirtschaft ist multikulturell. Über 40% der Mitarbeitenden bei ABB Schweiz stammen aus dem Ausland. Wir wickeln unzählige Projekte auf der ganzen Welt ab, in Asien genauso wie im mittleren Osten, in Afrika oder in Amerika. Damit das funktioniert, brauchen unsere Mitarbeitenden ein gutes Gespür für die fremden Kulturen.

Kommen wir zum Stichwort Mobilität: Ist Mobilität tatsächlich ein Anspruch der Wirtschaft? Ganz ehrlich gesagt: dass ein Kantonswechsel grosse schulische Probleme verursachen kann, ist seit über 30 Jahren bekannt. Hier frage ich mich schon, warum das nicht längst gelöst ist. Mobilität heisst heute ja nicht nur vom Kanton Zürich in den Kanton Aargau

umzuziehen, sondern auch von Stockholm nach Baden. Das System müsste eigentlich bereits heute europakompatibel sein. Hier fehlen meiner Meinung nach auch innovative Gedankenspiele: Warum muss zum Beispiel ein Kind immer am Wohnort der Eltern zur Schule gehen? Könnte es nicht auch der Arbeitsort eines Elternteils sein?

Zur Einführung von Tagesstrukturen kann ich nur sagen: Ja bitte, und möglichst schnell. Dies ist ebenfalls ein Thema, das seit Jahren auf dem Tisch liegt. Meiner Meinung nach muss dieser Punkt unbedingt realisiert werden. Es kann ja nicht sein, dass gut ausgebildete Mütter nicht mehr arbeiten können, weil aufgrund der komplexen Stundenpläne und regelmässigen Stundenverschiebungen fast immer ein Kind zu Hause ist. Aufgrund der demographischen Entwicklung in der Schweiz zeichnet sich in nicht allzu ferner Zeit ein Arbeitskräftemangel ab. Dann wird es also nicht mehr nice-to-have sein, dass junge Mütter einer Arbeit nachgehen, sondern ein absolutes Must.

Harmonisierung der Schulstrukturen – Grundsätzlich ja

Aus Wirtschaftssicht ist eine Harmonisierung der Schulstrukturen in der Schweiz zu begrüssen. Es ist dabei weniger wichtig, ob es insgesamt 10 oder 11 Jahre sind, aber es braucht ein gesamtschweizerisches System. Davon sind wir in der Schweiz allerdings noch weit entfernt. Es gibt immer noch Beispiele, wo im gleichen Schulhaus, in der gleichen Schulstufe, in zwei verschiedenen Klassen andere Lehrmittel und andere Methoden angewendet werden. Hier ist ein Umdenken wichtig. Hier ist Veränderung notwendig.

Zugegeben, der Umgang mit Veränderung ist schwierig. Glauben Sie mir, damit hat die Wirtschaft grosse Erfahrung. Lassen Sie mich Ihnen drei wichtige Punkte aus dieser Erfahrung mit auf den Weg geben:

Erstens besteht immer eine Tendenz, den eigenen Garten zu schützen. Es gibt immer Widerstand gegen Veränderung, Angst vor Veränderung. Diese Widerstände und Ängste müssen überwunden werden: Durch eine klare Kommunikation, durch das Aufzeigen von neuen Perspektiven und indem man versucht, alle Beteiligten auf die Reise mitzunehmen. Zweitens ist es immer einfacher, wenn man selber innovativ ist und eigene Ideen umsetzt, als wenn man von aussen gezwungen wird. Das heisst ganz konkret für den Aargau: Handeln wir nicht erst, wenn der Bildungsrahmenartikel auf Bundesverfassungsebene uns definitiv dazu zwingt.

Drittens: Entscheidend ist das Ergebnis, die Leistung der Veränderung. Diese muss mit geeigneten, vergleichbaren Mitteln gemessen werden, damit weitere Verbesserungen erzielt werden können.

Liebe Anwesende, bei allen Diskussionen um unser Bildungssystem sollten wir das Ziel nie aus den Augen verlieren; nämlich dass die Grundausbildung jeden Jugendlichen befähigen sollte, einen Beruf zu erlernen. Die Strukturen sollen geeignete Rahmenbedingungen dafür schaffen. Schliesslich findet Ausbildung aber im Schulzimmer, zwischen Menschen – zwischen Lehrerinnen und Lehrern und ihren Schülerinnen und Schülern – statt. Lehrer sein ist keine einfache Aufgabe, Sie tragen eine grosse Verantwortung. Vielen Dank dafür.

Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerkonferenz vom 24.3.06

SCHULE WOHN?

Niklaus Stöckli, Präsident alv

Ziele des alv bei der anstehenden Strukturreform

Der alv ist eine Dachorganisation von 22 Verbänden mit rund 7000 Mitgliedern. Seine Mitgliedorganisationen repräsentieren die Akteure und Akteurinnen des aargauischen Bildungswesen vertikal und horizontal; vertikal vom Kindergarten bis zur Fachhochschule und horizontal, indem Verbände im Umfeld der Schule – Berufsberaterinnen, Schulpsychologen, Therapeutinnen – ebenso zum Dach alv gehören. Dem alv kommt somit eine hohe Repräsentanz zu.

Dieser Umstand ist im aktuellen Zusammenhang von Bedeutung, weil die Meinungsbildung innerhalb der Dachorganisation alv auf Grund widersprüchlicher Interessenlagen entsprechend schwierig und aufwändig ist. Dass diese Meinungsbildung aber bereits ein beachtliches Stück fortgeschritten ist, spricht für den Willen der Lehrerorganisationen zu Reform und Fortschritt und Gemeinsamkeit.

Der alv-Vorstand und die Präsidien der 22 Mitgliedorganisationen ist das Gremium, das die Position des alv entwickelt, abschliessend wird die DV entscheiden. Was ich Ihnen heute präsentieren kann, ist der aktuelle Stand der Meinungsbildung, nicht aber die endgültige Position des alv.

Der alv hat sich schon früh darauf geeinigt, dass er auf die Reform eintreten will, und formulierte dazu seine Bedingungen.
Er will, dass die Strukturreform eine Bildungsreform ist, und verlangt einen pädagogischen Zugewinn, ein Begriff, der inzwischen zum allgemeinen Sprachgebrauch geworden ist.
Er will zudem, dass die Kosten der Reform vom Kanton übernommen werden und nicht von den betroffenen Lehrpersonen. Der alv verlangt eine Besitzstandgarantie und einen grosszügigen Sozialplan. Besitzstandgarantie und Sozialplan sind nicht Begleiterscheinungen, sondern integrale Teile des Reformprojekts.

Ich werde im Folgenden auf die beiden Bedingungen eingehen. Zunächst zum pädagogischen Zugewinn:

Es ist unumgänglich, dass die Reform über den Aspekt der Struktur hinaus gedacht wird und weitere Elemente des Systems Schule mit einbezieht. Die Struktur allein entscheidet nicht über die Qualität des Unterrichts, und somit bringt eine Strukturreform für sich allein auch kaum einen pädagogischen Zugewinn. Das ist ein ernüchternder Befund, ist eine Strukturreform doch eine aufwändige und belastende Veränderung der Schule. Sollte die Strukturreform zu einem Gewinn und nicht nur zu einer Belastung der Schule werden, müssen die Strukturreform zwingend die Reform der Lehrpläne, die auf die neuen Ziele bezogene Lehrerbildung und Weiterbildung, die institutionalisierte Förderung der Kooperation unter den Lehrpersonen, die Einführung von entsprechendem Unterrichtsmaterial und die Bereitstellung genügender Ressourcen begleiten. Für einen pädagogischen Zugewinn braucht es ein Massnahmenbündel, ein Paket. Da eine Strukturreform enorme finanzielle und personale Ressourcen verschlingt, obwohl sie für sich allein kaum oder gar keinen didaktischen Nutzen aufweist, ist im Sinne einer Minimierung des Aufwands und der Belastung zu fordern, dass die neue Struktur so weit wie möglich an der bestehenden Struktur anknüpft und so die Verwerfungen vom alten zum neuen Zustand

möglichst gering hält. Das ist eine Gelingensbedingung, nicht nur für die Umsetzung der Strukturreform in der realen Schule, sondern auch für den Erfolg bei der Volksabstimmung.

Wenn nun die anstehende Reform ein besseres Schulsystem hervorbringen soll, müssen bestehende Probleme gelöst, beziehungsweise neue Anforderungen an die Schule erfüllt werden. PISA 2003 weist dem Kanton Aargau insgesamt ein gutes Zeugnis aus. Defizite – und das ist nicht neu – bestehen bei der Integration der Kinder aus sozioökonomisch tiefen Schichten. Dabei handelt es sich nicht ausschliesslich, aber vor allem um Kinder mit Migrationshintergrund. Unser Schulsystem muss integrativer wirken. Das ist eine Forderung sowohl aus der Sicht des einzelnen Kindes mit seinem Recht auf Bildung als auch aus der Sicht der Gesellschaft, die sich einen so hohen Anteil von SchulabgängerInnen mit ungenügendem Schulwissen, wie ihn PISA aufzeigt, nicht leisten kann.

Defizite bestehen zweitens bei der Flexibilität. Dass unsere Gesellschaft und damit unsere Kinder heterogener geworden sind und sich dieser Prozess wahrscheinlich fortsetzt, ist hinlänglich bekannt. Eine starr vorgegebene Schullaufbahn ist damit für viele Kinder nicht mehr die ideale Passform.

Und drittens muss die Durchlässigkeit zwischen den Schultypen der Sekundarstufe I verbessert werden, um das Begabungspotenzial der einzelnen Jugendlichen besser ausschöpfen zu können.

Der alv schlägt nun als erster Pflock für seine Positionsfindung folgendes vor:

Er geht dabei von der Gutheissung des Bildungsrahmenartikels durch das Volk und der Realisierung des HarmoS-Konkordats aus.

Die nicht selektionierten ersten acht Schuljahre gliedern sich in eine Eingangsstufe – das ist entweder eine dreijährige Grund- oder eine vierjährige Basisstufe - und in eine fünf-beziehungsweise vierjährige Primarstufe. Die Anforderungen der Primarstufe sind nicht mehr mit Allrounderinnen zu bewältigen, der Einsatz von Fachgruppenlehrpersonen ist unumgänglich.

Nach der Selektion schliesst die drei-typige Sekundarstufe I an. Die Sek I kooperiert, indem sie Niveau-Kurse in einzelnen Fächern über alle drei Typen hinweg anbietet. Damit dieses Angebot gemacht werden kann, weist ein Oberstufenzentrum alle drei Typen auf.

Die Sek I dauert strukturell für alle Schüler- und Schülerinnen drei Jahre.

Das Gymnasium an der Kantonsschule dauert vier Jahre. Wir lehnen eine strukturelle Verkürzung der Schulzeit bis zur Matur ab. Ein Abbau von Bildung ist weder aus der spezifischen Sicht der Hochschulen, noch generell aus gesellschaftlicher Sicht sinnvoll. Sollte aber von der Politik eine strukturelle Verkürzung beschlossen werden, wäre das erste der vier Gymnasiumsahre an der Sek I zu absolvieren.

Die vorgeschlagene Struktur bietet mehr Flexibilität, indem vorgesehen ist, dass die Eingangsstufe in kürzerer oder längerer Zeit durchlaufen werden kann. Diese Bildungsstufe ist nicht durch eine bestimmte Anzahl Jahre, sondern durch das Erreichen ihrer Bildungsziele definiert. Die gleiche Zieldefinition soll für die Primarstufe gelten. Welche Eingangsstufe zu bevorzugen ist und wie die Primarstufe binnendifferenziert zu gestalten ist, ist Gegenstand der weiteren Arbeit des alv.

Mehr Flexibilität erreichen wir auch durch die Niveau-Kurse auf der Sekundarstufe I und schaffen damit die dringend notwendige Durchlässigkeit zwischen den Typen, vor allem nach oben. Ein Wechsel der Niveaus und der Stammklasse soll grundsätzlich ohne Verlust eines Schuljahres erfolgen. Lehrplan, Lehrmittel und Unterricht müssen auf dieses Erfordernis abgestimmt werden. Die erhöhte Kooperation und Flexibilität an der Sek I kommt Schülerinnen und Schülern aus allen drei Typen entgegen, vor allem aber ist sie geeignet, das Sackgassenimage der Realschule aufzubrechen und die Sekundarstufe I entwicklungsöffener zu gestalten. Die flexible Gestaltung der ganzen Schullaufbahn ist auch das richtige Mittel, damit Schnell-LernerInnen ihr Maturitätszeugnis früher erwerben können.

In der vorgeschlagenen Struktur erfolgt die Selektion später und in einem weniger definitiven Sinn. Das ist eine wichtige Massnahme für mehr Integration und Chancengleichheit.

Sprachdefizite aus dem Vorschulalter wirken sich besonders belastend für den Schulerfolg und damit auch für die Integration aus. Entsprechende Angebote bereits im Vorschulalter sind deshalb nicht nur effektiv, sondern auch effizient.

Die integrale Dauer der Volksschule für alle muss erhalten bleiben.

Sehr bestimmt lehnen wir die Verkürzung der Bez – beziehungsweise der halben Bez – auf eine zweijährige Bildungsstufe ab, was die Folge eines vorgezogenen Übertritts an die Kantonsschule wäre. Zwei Jahre für eine Bildungsstufe sind zu kurz, um eine formative Funktion erfüllen zu können. Das bestätigen Befunde der Bildungswissenschaft. Bei der diskutierten Verkürzung der Bez kommt zudem erschwerend hinzu, dass die Rest-Bez die siebte und achte Klasse (nach alter Zählung) umfassen würde, das heisst, sie würde Schülerinnen und Schüler erfassen, die sich präzis in der Pubertät befinden.

Neuropsychologen stellen fest – was wir alle auch ohne Wissenschaft schon längst wissen -, dass in diesem Alter vor allem soziales Lernen gefragt ist, aber kaum oder gar nicht Sachlernen, wie zum Beispiel Mathematik oder Französisch. Ich verweise dazu beispielsweise auf entsprechende Aussagen von Lutz Jäncke von der Universität Zürich (SonntagZeitung 12.2.06). Die Rest-Bez müsste nun aber junge Menschen unterrichten, die in ihrem speziellen Alter gerade für die speziellen Qualitäten der Bez nicht disponiert sind. Es ist deshalb unumgänglich, dass bei einer Schmälerung der Sek I zu Gunsten der Primarschule ihre Dauer wenigstens drei Jahre beträgt.

Ich erläutere die zweite Forderung des alv, die Forderung nach Besitzstand und einem grosszügigen Sozialplan. Der alv lehnt es ab, gewerkschaftliche Forderungen hinter pädagogischer Argumentation zu verstecken. Der alv lehnt es aber ebenso ab, auf gewerkschaftliche Forderungen zu verzichten. Halten wir fest: Menschen arbeiten, weil sie einerseits eine sinnvolle Tätigkeit ausüben wollen und weil sie andererseits Geld verdienen müssen.

Die Reform der Schule muss durch die Lehrpersonen realisiert werden. Da eine Strukturreform für die Akteure und Akteurinnen sehr belastend ist und Kräfte bindet, wird die Reform zwangsläufig negative Folgen auf die Qualität der Schule haben. Nur eine gut motivierte Lehrerschaft wird diesen Umbau schnell und zum Wohle der Schülerinnen und Schüler umsetzen können. Nun engagiert sich aber niemand für eine Reform, deren Folge die Schmälerung oder gar Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes ist.

Wenn die Sek I verkürzt wird, gibt es sehr viele Sek I-Lehrpersonen, die an einer anderen Stufe, zum Beispiel an der Prim, unterrichten werden. Diese Lehrpersonen brauchen eine Besitzstandsgarantie auf ihren Lohn. Daneben wird es aber Lehrpersonen geben, die ihren Arbeitsplatz definitiv verlieren. Wer seinen Arbeitsplatz verliert, braucht Beratung, Umschulung, Finanzierungshilfe oder eine Frühpensionierung. Diese Lösungen oder Auswege muss ein grosszügiger Sozialplan ermöglichen.

Die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen des alv ist nicht nur eine Aufgabe eines sozialpartnerschaftlichen Arbeitgebers, sondern sie ist auch eine Gelingensbedingung für die Verwirklichung des Kernauftrags der Schule, nämlich das Angebot von gutem Unterricht. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Kanton Bern, der bei seiner Strukturreform den betroffenen Lehrpersonen nicht nur eine statische, sondern eine dynamische Besitzstandswahrung gewährte. Das wurde zu Recht als eine wesentliche Bedingung für das Gelingen der Strukturreform betrachtet. Neidgefühle anderer Lehrerkategorien, wie das auch schon befürchtet wurde, wurden keine laut. Wer soll denn auch Angestellte beneiden, die ihren ursprünglichen Arbeitsplatz verlieren?

Der alv erwartet auf die Forderung nach personalfreundlicher Umsetzung der Reform ein schnelles und positives Signal der Regierung.

Harmonisierung der Schulstrukturen im Aargau Kantonalkonferenz 24. März 2006

Kurz-Statement Stefan Läderach, Präsident AMV

Anrede

Ich spreche zu Ihnen als Vertreter der Mittelschullehrpersonen, und daher mit einem gewissen Fokus auf die Bedürfnisse des Gymnasiums und seiner Schülerinnen und Schüler.

Die geplante Strukturreform wird das Gymnasium Aargau zweifellos vor gravierende Herausforderungen stellen. Die eintretenden Schülerinnen und Schüler sollen in Zukunft ein Jahr jünger und mit einem Jahr weniger Volksschulbildung zu uns kommen, wobei zusätzlich das erste Bezirksschuljahr auf die Primarschule verschoben werden soll. Da wird dann also beim Eintritt in die Kanti in Zukunft deutlich mehr als ein Jahr Vorbildung einfach fehlen.

Aber auch am Ende der gymnasialen Laufbahn erhöht sich der Druck, erhöhen sich die Leistungsanforderungen von Seiten der Hochschulen laufend. Schon seit einiger Zeit wird der allgemeine Hochschulzugang durch die Matura immer wieder in Frage gestellt, werden Assessmentjahre und damit ein versteckter Numerus Clausus an den Hochschulen eingerichtet. Im Rahmen des Bologna-Prozesses will sich jede Hochschule im Wettbewerb untereinander so gut wie möglich platzieren.

Druck auf das Gymnasium also, von unten und von oben. Aus unserer Sicht, der Sicht der Mittelschul-Lehrpersonen, müsste die geplante Verkürzung der Schuldauer bis zur Matur nicht sein. Die heutige Struktur funktioniert gut; für

die Ausbildung unsere Studierenden kann eine Verkürzung höchstens qualitative Verschlechterungen bringen.

Auf der anderen Seite müssen aber auch wir die Argumente für die Strukturreform anerkennen – insbesondere den in letzter Zeit erheblich gestiegenen nationalen Harmonisierungsdruck –, und wir sind überzeugt, dass kaum ein Weg an dieser Reform vorbeiführen wird. Es gilt also, sich über wirksame „flankierende Massnahmen“ Gedanken zu machen – darüber, wie die Qualität der Aargauer Matur auch unter den Bedingungen einer Verkürzung der Schuldauer einigermaßen gesichert werden kann.

Die geplante Reform wirft zahlreiche pädagogische Fragen auf. Einige davon hat Nick Stöckli bereits erwähnt. Die wirklich zentrale Frage aber wird lauten: Was ist zu tun, um die nachteiligen Folgen der Reform für die künftigen Studierenden so gering wie möglich halten?

Denn eines wurde bisher in der Diskussion ein wenig vernachlässigt, und es muss nun einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Die Hauptbetroffenen der Reform sind eindeutig die künftigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Nur ihre Ausbildungsdauer wird sich um ein Jahr verkürzen. Diejenige der übrigen Volksschülerinnen und Volksschüler, der künftigen Lehrlinge und BerufsmaturandInnen bleibt, wie sie war.

Und vor allem für sie wird die Verschiebung des ersten Bez-Jahrs auf die Primarschule eher eine zusätzliche Beeinträchtigung als einen Gewinn darstellen – ganz im Gegensatz zu den leistungsschwächeren SchülerInnen, die von dieser Strukturänderung vielleicht durchaus profitieren können.

Wir werden unsere eintretenden SchülerInnen in Zukunft mit Sicherheit ganz woanders abholen müssen als bisher. Und sie werden nicht nur mit einem kleineren Bildungs-Rucksack kommen, sie werden auch im Durchschnitt ein Jahr jünger und damit mental und emotional weniger reif sein.

Welche Massnahmen sind nun aus der Sicht der Mittelschulen notwendig, um die heutige Qualität der Aargauer Maturität auch in Zukunft halten zu können?

Folie: Verkürzung der Schuldauer bis zur Matur

- Erstens: Die letzten ein bis zwei Jahre der Primarschule werden eine wirksame Binnendifferenzierung aufweisen müssen, die sowohl den schwächeren wie den stärkeren SchülerInnen zugute kommt.
- Und zweitens: Der Unterricht für angehende GymnasiastInnen auf der Sek.I-Stufe wird in Zukunft konsequent progymnasial ausgerichtet sein müssen.

Wir müssen davon ausgehen, dass das heutige duale System der Bez. bei einer Verkürzung auf drei (bzw. für die angehenden KantonsschülerInnen zwei) Jahre nicht mehr genügend leistungsfähig sein wird: Es wird weder den angehenden GymnasiastInnen noch den angehenden Berufslernenden all das mitgeben können, was sie für ihre jeweilige berufliche Laufbahn brauchen.

Das bedeutet: Es braucht mindestens progymnasiale Klassenzüge an unseren Bezirksschulen, und die Lehrpläne dieses Schultyps und des Gymnasiums müssen noch weit besser als heute aufeinander bezogen und miteinander verzahnt werden. Der Geschichtsunterricht – um ein Beispiel zu nehmen – darf dann nicht mehr zweimal bei den vorderasiatischen Hochkulturen beginnen.

Und selbstverständlich müssen die Lehrpersonen unserer angehenden KantischülerInnen auch weiterhin für gymnasiumsvorbereitenden Unterricht qualifiziert sein – und zwar in allen Fächern, nicht etwa nur in zwei oder drei „Kernfächern“.

Von der Sache her wäre die effizienteste Struktur, um diese Forderungen zu erfüllen, zweifellos das sechsjährige Langgymnasium, wie es in einem Postulat im Parlament bereits angeregt wurde und trotz aller Angriffe in vielen Kantonen nach wie vor sehr beliebt ist. Es sind aber für den Aargau durchaus auch dezentrale Lösungen denkbar.

Als ob der vorliegende Reformvorschlag nicht schon genügend Belastungen für den gymnasialen Unterricht mit sich bringen würde, werden nun aber seit einiger Zeit Stimmen laut, die der Meinung sind, eine allfällige Verkürzung der Schuldauer bis zur Matur sei durch eine Reduktion des Gymnasiums auf drei Jahre zu vollziehen. Auch die Forderung „drei Jahre Sekundarstufe I für alle SchülerInnen“ besagt nichts anderes. Hinter solchen Überlegungen stehen natürlich primär standespolitische Anliegen. Und als Standesorganisation hat der AMV natürlich Verständnis für die Sorgen der Bezirkslehrpersonen. Drauf komme ich gleich zurück.

Zunächst muss ich aber mit aller Deutlichkeit festhalten: Die Idee, die Verkürzung beim Gymnasium zu bewerkstelligen, ist geradezu absurd. Dies zunächst aus pädagogischen Gründen: Es wäre bildungspolitisch verantwortungslos, jener Gruppe von SchülerInnen, die durch die 6-12-Struktur ohnehin die gravierendsten Verluste hinzunehmen haben werden, ausgerechnet eines der für die Hochschulreife entscheidendsten Ausbildungsjahre an der Kantonsschule wegzustreichen.

Wem „pädagogischer Zugewinn“ für alle SchülerInnen ein Anliegen ist, der darf kein 6-3-3-Modell fordern!

Eine solche Forderung wäre aber zweitens auch deshalb unsinnig, weil sie dem Harmonisierungsgedanken - dem Hauptmotiv für die geplante Reform also - diametral widerspricht. Denn das Gymnasium Aargau ist genau diejenige Schulstufe, die bereits harmonisiert ist!

Folie: Das Gym AG ist bereits harmonisiert!

Der Befund ist klar: mehr als 21 Kantone (darunter die ganze Deutschschweiz mit Ausnahme einiger Berner Gemeinden) haben ein Gymnasium, das vier Jahre oder länger dauert – in Übereinstimmung mit den eidgenössischen Vorgaben. Dagegen kennen nur gerade drei Kantone der Westschweiz ein dreijähriges Gymnasium – sowie eben die ländlicheren Regionen des Kt. Bern, der mit seiner gemeindeweisen Regelung des 9. Schuljahres sozusagen der „Sonderfall der Sonderfälle“ ist.

Man stelle sich vor, wie es um die Glaubwürdigkeit der Aargauer Bildungspolitik bestellt wäre, wenn unser Kanton ausgerechnet im Rahmen seiner Harmonisierungsreform die einzige bereits harmonisierte Schulstufe in ein leistungsschwaches Aussenseitermodell verwandeln würde...

Ich habe vorhin von flankierenden Massnahmen gesprochen, die die Reform begleiten müssen.

Es wird aber nicht nur flankierende Massnahmen brauchen, um die Ausbildungsqualität der künftigen Studierenden zu sichern, sondern es wird auch flankierende Massnahmen brauchen, um die negativen Auswirkungen der Reform auf die von der Verkürzung betroffenen Lehrpersonen der Sek.I-Stufe (insbesondere der Bezirksschule) zu mildern – zumal sie gleichzeitig auch noch mit erheblichem Schülerschwund infolge der demografischen Entwicklung konfrontiert sind.

Der AMV hat als Personalverband grosses Verständnis für die Ängste der Bez-Lehrpersonen. Ihnen müssen glaubwürdige Perspektiven aufgezeigt werden. Wir unterstützen die Forderung des alv nach personalpolitischen Garantien, und wir erwarten von unseren Rektoren, dass sie in den ersten vier Jahren der Umsetzung – dann nämlich, wenn an den Aargauer Kantonsschulen fünf Jahrgänge unterrichtet werden sollen – entsprechend

qualifizierte Bezirkslehrpersonen bei der Besetzung neuer Stellen berücksichtigen.

Ich bin persönlich überzeugt: Wenn es gelingt, mittels Binnendifferenzierung des 5. und 6. Schuljahrs, der Schaffung progymnasialer Klassenzüge und erheblicher Anpassungen der Lehrpläne von Progymnasium und Gymnasium die drohenden Ausbildungsdefizite zu minimieren, wird der Aargau auch in Zukunft im nationalen Vergleich sehr gute MaturandInnen an die Hochschulen im In- und Ausland schicken können. Wie dies jedoch mit einer verkürzten Bez nach heutigem Muster, also unter Beibehaltung des dualen Auftrags, geschehen soll – oder gar mit einer integrierten Oberstufe, wie sie im einen oder andern Modell anzutreffen ist – ist mir absolut schleierhaft.

Die Aargauer Harmonisierung wird primär daran zu messen sein, wie sie mit den angehenden MaturandInnen verfährt. Gleichzeitig ist eine solche Reform aber sicher auch der richtige Zeitpunkt, um griffige Massnahmen für eine Verbesserung im Bereich der RisikoschülerInnen zu ergreifen. Die Abkehr von den Jahrgangsklassen mit Grund- oder Basisstufe und das sechste Primarschuljahr werden in dieser Hinsicht wohl etwas bringen, aber vermutlich nicht genug. Da sind weiterführende Anstrengungen notwendig.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang mit einem persönlichen Wunsch schliessen: Ich hoffe sehr, dass in der bevorstehenden Reformdebatte von keiner Seite die Bedürfnisse der schwächsten und diejenigen der stärksten SchülerInnen gegeneinander ausgespielt werden. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf eine für sie persönlich möglichst optimal abgestimmte Schulbildung. Keine Gruppe, weder die Schwächeren noch die Stärkeren, darf aus finanziellen, ideologischen oder standespolitischen Gründen vernachlässigt werden.



Aargauer Mittelschullehrerinnen- und Mittelschullehrerverein

Verkürzung der Schuldauer bis zur Matur

„Flankierende Massnahmen“ zur Sicherung der Qualität der Aargauer Maturitätsbildung

1. Binnendifferenzierung des 5. und 6. Schuljahrs (Niveaueurse)
2. Schaffung eines progymnasialen Ausbildungsgangs auf der Sekundarstufe I (Langgymnasium, Sek P oder progymnasiale Klassenzüge an den Bezirksschulen für rund 20% der SchülerInnen) mit
 - progymnasialem Unterricht in allen Fächern
 - optimaler Koordination der Lehrpläne von PG und Gymnasium (Vermeidung von Redundanzen)
 - entsprechend ausgebildeten Lehrkräften in allen Fächern (universitäre Fachausbildung)



Aargauer Mittelschullehrerinnen- und Mittelschullehrerverein

Das Gymnasium Aargau ist bereits harmonisiert!

Bildungswege zur Hochschulreife in der Schweiz:

Kantone mit...

- **mind. 4 Jahren Gymnasium:** AG, AI, AR, (BE), BS, FR, GE, GL, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VS, ZG, ZH **21½ Kantone**

davon mit Langgymnasium (6 J.):
AI, GL, GR, LU, NW, OW, SO, UR, ZG, ZH

- **3 Jahren Gymnasium:** JU, NE, VD, (BE) **3½ Kantone**

SCHULE WOHN? - Tagung vom 24. März 2006

Programmübersicht

1. Block

Information – Referate

08.30-11.15

- Hans Ambühl, Generalsekretär EDK
- Rainer Huber, Vorsteher BKS
- Maya Mülle, Leiterin Fachstelle Elternmitwirkung
- Renato Merz, Personalchef ABB Schweiz
- Niklaus Stöckli, Präsident alv
- Stefan Läderach, Präsident AMV

inkl. Pause

2. Block

Diskussion – Auseinandersetzung – Vertiefung

➔ Die Teilnehmenden entscheiden sich für eines der folgenden Angebote:

11.30-13.00

A) Moderierte Diskussionsveranstaltungen
zu je einem Schwerpunkt des ersten Blocks:

- ① Rainer Huber
Reformpläne des BKS im gesamtschweizerischen Kontext
- ② Niklaus Stöckli, Stefan Läderach
Positionen der Lehrerschaft zu den Strukturreformplänen
im Kanton und im Bund
- ③ Maya Mülle
Bedürfnisse, Ansprüche, mögliche Beiträge der
Elternschaft an die Strukturreform
- ④ Renato Merz
Bedürfnisse, Ansprüche, mögliche Beiträge der Wirtschaft
an die Strukturreform

B) Selbstgesteuerte Gesprächsgruppen mit max. 12 Teilnehmenden

13.00-14.00

Mittagspause (Verpflegung im Haus)

3. Block

Podiumsgespräch

14.00-15.30

Teilnehmende:

- Rainer Huber
- Maya Mülle
- Renato Merz
- Niklaus Stöckli
- Stefan Läderach

Leitung: • Matthias Bruppacher

Themen:
Ergeben sich aus den schriftlichen Rückmeldungen
der Teilnehmenden am Schluss von Block 2:
Klärungsbedarf - Modellvarianten - Interessenkonflikte
Szenarien für Planung und Umsetzung - etc.

16.00

Rückmeldung der Tagungsbeobachterin

Silvia Grossenbacher

Beobachtungen - Überlegungen - Anregungen

16.45

Abschluss der Tagung

Personen

- Ambühl Hans, Generalsekretär der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und –direktoren (EDK)
- Bruppacher Matthias, Pädagoge, selbstständiger Berater im Schulbereich
- Grossenbacher Silvia, stellvertretende Direktorin der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF)
- Huber Rainer, Regierungsrat, Vorsteher des Departements Bildung, Kultur und Sport (BKS)
- Markwalder Sonja, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz
- Merz Renato, Personalchef und Mitglied der Geschäftsleitung von ABB Schweiz
- Mülle Maya, Leiterin der Fachstelle Elternmitwirkung im Rahmen von "Bildung + Gesundheit Netzwerk Schweiz"
- Läderach Stefan, Instrumentallehrer, Präsident des Aargauer Mittelschullehrerinnen- und Mittelschullehrervereins (AMV)
- Latscha Roland, Gymnasiallehrer, Präsident der Aargauischen kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerkonferenz (KK)
- Stöckli Niklaus, Bezirkslehrer, Präsident des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (alv)